

Kulturelle Identität in der bundesrepublikanischen Demokratie
PEGIDA als Phänomen kultureller Identitätssuche in der
pluralistischen Gesellschaft der BRD

Master-Thesis
Angewandte Medien- und Kulturwissenschaft (M.A.)
Hochschule Merseburg (FH)

eingereicht bei
Prof. Dr. phil. Maria Nühlen

vorgelegt von
Gabriel Richter (B.A.)

Merseburg, Juli 2016

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Kulturelle Identität	5
1.1 Der Kulturbegriff: Versuch einer Definition.....	5
1.2 Der Mensch als kulturelles Wesen	8
1.2.1 Von der kulturellen Existenz und Identität des Menschen.....	8
1.2.2 Plurikulturelle und monokulturelle Ausprägungen kultureller Identitätskonzepte	12
1.3 Identitätspolitik: Missbrauch kultureller Unterschiede	14
1.3.1 Die Kultur der Moderne	15
1.3.2 Die Politisierung kultureller Unterschiede.....	16
1.3.3 Identitätswahn als Instrument kultureller Identitätspolitik	21
1.3.4 Fundamentalismus – Eine moderne Form von Identitätswahn	24
2. Demokratie, Pluralismus und Interkulturalität in der Bundesrepublik Deutschland.....	27
2.1 Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland	27
2.2 Pluralismus als Demokratietheorie	30
2.3 Die Bundesrepublik Deutschland – das spät erkannte Einwanderungsland.....	31
2.4 Die schwierige Suche einer deutschen Identität	34
2.5 Teilung, Wiedervereinigung und die Debatte um die „deutsche Leitkultur“	37
3. PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.....	39
3.1 Entstehung, Entwicklung und Organisationsstruktur.....	40
3.2 Inhaltliche Ausrichtung und Positionen von PEGIDA	42
3.3 Soziodemographische und politische Motive der Teilnehmer.....	44
3.4 Ideologische Einordnung und Deutung	46
4. PEGIDA als Phänomen kultureller Identitätssuche	52
4.1 Gruppenzugehörigkeit, Klassenbewusstsein und Gruppenidentität	56
4.2 Demokratisches Selbstbild und schwindender Erfolg der PEGIDA-Bewegung	59
4.3 Zusammenfassung – Kulturelle Identitätssuche und -bestätigung durch PEGIDA	60
5. Ausblick und persönliches Fazit	62
6. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	65
7. Anhang.....	68

Einleitung

Wenn man eines der wesentlichen Merkmale einer modernen Gesellschaft benennen müsste, wäre die Antwort wohl mit einer nicht geringen Wahrscheinlichkeit der Drang ihrer Menschen nach Individualität und Selbstverwirklichung. Dabei ist die Vorstellung eines Individuationsprinzips keineswegs eine aus den Strukturen heutiger Gesellschaften entsprungene, sondern begleitet die Menschheit seit der Antike. In den vergangenen Jahrhunderten haben vor allem Philosophen, später auch Biologen, Psychologen, Soziologen und Kulturwissenschaftler den Diskurs über die Frage, was Menschen und Gegenstände individuell macht, vorangetrieben. Von hohem Interesse scheint in der heutigen Zeit besonders die Arbeit der beiden letztgenannten Disziplinen, hat die Spezies Mensch doch im allgemeinen ein zivilisatorisches Gesamtniveau erreicht, von dem ausgehend wohl niemand mehr die biologische und damit auch psychologische Einzigartigkeit eines jeden menschlichen und tierischen Individuums in Frage stellen kann und wird. Interessant und von stetig hoher Brisanz ist daher eher die Frage, welche Rolle Individualität im kulturellen und damit sozialen Kontext menschlichen (Zusammen)Lebens spielen. Vor allem fraglich ist, welche Funktion die Idee von der Unverwechselbarkeit des Menschen hinsichtlich identitätsbildender Prozesse einnimmt. Dies mutet im ersten Moment wie eine von unzähligen Spielarten akademischer Wissensbildung an, wird doch wahrscheinlich ein jeder Mensch über sich selbst sagen, dass er er selbst sei und nicht ein anderer und damit individuell und von einzigartiger Existenz. Leider reicht diese scheinbar universelle Erkenntnis (welche spätestens durch Maturanas und Ernst von Glasersfelds Radikalen Konstruktivismus wieder in Frage gestellt wird) aber nicht aus, um Fragen hinsichtlich der Art und Weise, wie Menschen miteinander in Beziehung stehen und leben, adäquat zu formulieren, da das Wissen über die eigene Individualität, aber auch über die des Gegenübers, leicht durch Identitätsstrukturen sozialer Gruppen und Kontexte überlagert wird, zu denen ein jeder Mensch unabänderlich gehört. Wenn man soziale Gruppen als einen Grundbaustein von Kultur voraussetzt, wird offensichtlich, welche Relevanz diese für die Ausprägung sozialer Prozesse haben und dass ein Blick auf sie ebenso lohnenswert erscheint, wie die Frage nach individuellen Merkmalen einer einzigen Person. Der Mensch im Kontext seiner Mitmenschen und der daraus resultierenden Kultur ist vor allem in modernen demokratischen Industrienationen eine komplex strukturierte und oftmals völlig willkürlich oder sogar zufällig anmutende Situation geworden, mischen sich doch vor allem in diesen Lebensräumen Einflüsse unterschiedlicher historischer, politischer, religiöser und

weltanschaulicher Ausprägungen zu einem bunten Kulturpotpourri, in dem das Individuum freilich noch klar als ein solches zu identifizieren ist, aber im Grunde niemals ohne seinen kulturellen Fingerabdruck, welcher sozusagen die Mischung aller vergangenen und andauernden Einflüsse auf das Individuum meint, zu betrachten ist.

Die Frage nach dem kulturellen Fingerabdruck des Individuums an sich, aber auch des Individuums im Kontext einer Gruppe wird besonders dann relevant, wenn im gesellschaftlichen Leben eine dieser Gruppen im besonderen Maße Aufmerksamkeit generiert und einen sichtbaren und bedeutsamen Einfluss auf die Menschen außerhalb der Gruppe bekommt, so geschehen auch in der Bundesrepublik Deutschland, im Oktober des Jahres 2014, als eine Organisation mit dem Namen *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (kurz PEGIDA) durch Demonstrationen in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden ins Licht der Öffentlichkeit trat. Die als Verein eingetragene Organisation veranstaltet seitdem wöchentliche Kundgebungen und Demonstrationen, welche sich inhaltlich auf politische Themen wie Migration, Asylrecht, Islamismus und internationaler Terrorismus, Globalisierung und Freihandel, aber auch nationale Identität, europäische Kulturgeschichte und deren aktuelle Entwicklung beziehen. Die Organisation bringt seit Bestehen wöchentlich mehrere Tausend Menschen auf die Straße und wurde medial umfangreich und kontrovers betrachtet, was vor allem Negativereignissen wie Gewalt, offener Fremdenfeindlichkeit und populistischen politischen Aussagen von Teilnehmern geschuldet war. PEGIDA entwickelte sich parallel zu den Flüchtlingsbewegungen des Syrienkriegs, welche 2015 die Bundesrepublik erreichten und nahm in diesem Kontext schnell eine meinungsbildende Position ein, deren Reichweite sich auf Grund der Organisations- und Demonstrationsstruktur kaum bemessen lässt. Die Organisation, welche ihren Ursprung in den sozialen Medien hatte, besteht nur aus wenigen Akteuren, auf den sogenannten Spaziergängen und Kundgebungen versammeln sich regelmäßig tausende Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen und politischen Milieus, was eine homogene Klassifizierung der selbst ernannten politischen Bewegung unmöglich macht. Aus dieser Diversität der Anhänger oder Teilnehmer der Organisation PEGIDA heraus ergeben sich daher Fragen über die Motivationen und Motive der dort präsenten Individuen und Gruppen und ob man das Auftreten der Menschen im Kontext dieser Organisation als mehr als eine Meinungsbekundung zu kulturellen Fragestellungen der Gegenwart ansehen kann, womöglich als Phänomen kultureller Identitätssuche in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland.

Gegenstand dieser Thesis sollen keine politologischen oder moralischen Fragestellungen bezogen auf das Phänomen PEGIDA sein, vielmehr soll aus kulturwissenschaftlich-soziologischer Perspektive heraus gezeigt werden, dass sich bei PEGIDA Ausprägungen kultureller Identitätssuche beobachten lassen und woran diese gegebenenfalls erkennbar sind. Dazu ist zunächst eine kulturwissenschaftliche Grundlagenbetrachtung zum Themenkomplex kultureller Identität notwendig, an dem eine Darstellung des Phänomens PEGIDA gemessen werden kann. Dabei gilt es nachfolgend in **Kapitel 1** zu klären, was kulturelle Identität ist, welche Formen und Strukturen sie im sozialen Kontext annehmen kann und welche Funktionen ihr im Kontext eines staatlichen Gesellschaftsbegriffs zukommen. Auch eine Betrachtung des Missbrauchs kultureller Identitätsprozesse durch ideologische und extremistische Systemstrukturen ist hier von Relevanz. Ebenfalls betrachtet werden, müssen das Konzept der Individualität im identitätsstiftenden Zusammenhang und die Individualisierung als Instrument kultureller Meinungsbildung. Sich diesem Themenkomplex anschließend wird in **Kapitel 2** ein Blick auf die Bundesrepublik Deutschland als Kulturraum und Gesellschaft notwendig. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem demokratischen Selbstverständnis der BRD, welches in Grundgesetz und Grundrechten, aber auch im globalen Kontext hinsichtlich der Allgemeinen Menschenrechtskonventionen Ausdruck findet. Darüber hinaus wird ein Blick auf die Interkulturalität in der BRD als moderne Einwanderungsgesellschaft geworfen. **Kapitel 3** wird sich mit dem Phänomen PEGIDA befassen und zunächst anhand der Selbstbeschreibung und -darstellung der Organisation zu klären versuchen, welche Inhalte und Ziele dort zu finden sind. Als Grundlage dienen in diesem Abschnitt empirische Befunde, welche in den vergangenen Monaten von Wissenschaftlern der TU Dresden erhoben und beschrieben wurden und welche einen repräsentativen Einblick in die inhaltlichen und soziodemographischen Attribute rund um PEGIDA und seine Teilnehmer zulassen. Auf diesen drei Kapiteln aufbauend versucht **Kapitel 4** zu ergründen und aufzuzeigen, welche identitätsbildenden Prozesse bei PEGIDA stattfinden, worin die Suche nach kulturelle Zugehörigkeit ihren Ausdruck findet und mit welchen Ausprägungen dessen PEGIDA konfrontiert ist.

Auch eine Kontextualisierung des Phänomens innerhalb der bundesrepublikanischen Demokratie soll stattfinden und in Summe aufzeigen, ob die These, *dass es sich bei PEGIDA vor allem um ein Phänomen und Ausdruck kultureller Identitätssuche innerhalb der deutschen pluralistischen Demokratie* handelt, überhaupt verifiziert werden kann. Dabei sind auch mediale und zivilgesellschaftliche Reaktionen auf die selbst ernannte Bewegung von Interesse und werden an den Grundlagenkapiteln gemessen.

Besondere Erwähnung soll und muss an dieser Stelle noch finden, dass der nachfolgende Text frei von persönlichen Anschauungen und Urteilen des Autors hinsichtlich der Organisation PEGIDA ist und als reiner Versuch verstanden werden muss, empirisch, wertfrei und rational zu betrachten, welche Merkmale kultureller Identitätssuche innerhalb der pluralistischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland bei PEGIDA zu beobachten sind. Eine exakte Eingrenzung dieser Beobachtung erfolgt in den jeweiligen Kapiteln und bezieht sich insgesamt ausschließlich auf objektiv nachvollziehbare Items, die zum Teil von der Organisation PEGIDA selbst formuliert hier thematische Verwendung finden.

1. Kulturelle Identität

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was Kulturelle Identität eigentlich ist und dementsprechend Untersuchungen bestimmter Phänomene hinsichtlich ihrer kulturell-identitären Eigenschaften durchführen zu können, bedarf es der Betrachtung dreier grundlegender Aspekte kultureller Identität. Neben einer Definition des Kulturbegriffs und einer Darstellung, was den Menschen zu einem kulturellen Wesen macht, welches eine individuelle kulturelle Identität aufweist, steht auch der Umgang mit kultureller Identität in Politik und Gesellschaft zur Debatte, welcher sich einerseits aus kulturellen Identitätsvorstellungen ergibt und diese wiederum gleichsam neu formen kann.

1.1 Der Kulturbegriff: Versuch einer Definition

Jeder, der vor die Aufgabe gestellt wird, den Begriff *Kultur* zu definieren, wird unweigerlich mit einer spontanen Entladung lange zurecht gelegter Antwortmöglichkeiten reagieren wollen, wird diese aber wahrscheinlich noch rechtzeitig unterbrechen und immer noch still in sich verharrend überlegen, wie man stattdessen das allgemein bekannte und sich in diesem Moment offenbarende Grundproblem dieser Aufgabe präzise formulieren und sich damit dem Scheitern an der Aufgabe noch entziehen kann. Die Formulierung könnte in etwa lauten: es ist nicht sinnvoll, von einem Kulturbegriff auszugehen, stattdessen im Plural von vielen Kulturbegriffen zu sprechen, welche separat betrachtet immer noch genug komplexe Fragestellungen aufwerfen werden. Diese Pluralisierung des Begriffs ist, angesichts der durch unterschiedlichste Sinn- und Kontexterweiterungen in der Verwendung längst eingetretenen Bedeutungsentleerung des Begriffs, zwingend notwendig. Bereits im idiomatischen Bezugsrahmen finden sich zahllose Ausprägungen in der Verwendung, angefangen bei der Alltagskultur über die Leitkultur, Esskultur, Fankultur, Populärkultur oder Subkultur bis hin zu größeren Sphären in Form von politischer Kultur, Kulturraum, Interkulturalität oder Kulturtechnik. Dazu kommt eine differente Verwendung zwischen und auch innerhalb der unterschiedlichen Disziplinen der Wissenschaft, sowie in den verschiedenen sozialen Gruppen der Gesellschaft. Einigkeit schafft der linguistische Bezug, der den Begriff vom lateinischen *colere* bzw. *cultura* und *cultus*, welche die Pflege und Urbarmachung im Land- und Ackerbau meinen, als Vorlage metaphorischer Erweiterung hin zu allem, was *von Menschen gemacht*, also erdacht, hervorgebracht und damit erschaffen ist, zeigt.

Darauf aufbauende Bedeutungsübertragungen in wissenschaftliche, pädagogische oder künstlerische Zusammenhänge lassen sich daher auf einen gemeinsamen Ursprung zurückführen und schließen zumindest aus, dass es sich dabei um etwas handelt, was außerhalb menschlicher Existenz gegeben ist. Vielmehr dient diese Grundvorstellung bereits der Abgrenzung zu allem Nichtmenschlichen, also im Prinzip zur übermächtigen Natur um uns. In diese Vorstellung fallen wohl sämtliche Aspekte einer vom Menschen geschaffenen bzw. gestalteten Welt, von geistigen Gütern, über materielle Produkte bis hin zu sozialen Techniken, also die Gesamtheit aller Denk- und Handlungsvorstellungen und –äußerungen.

Einen strukturierten Überblick über die Vielzahl der möglichen Begriffe liefert der deutsche Soziologe und Kulturwissenschaftler Andreas Reckwitz mit seiner *Typologie des Kulturbegriffs*, in der er vier Arten von Kulturbegriffen zu unterscheiden versucht, namentlich den normativen, den totalitätsorientierten, den differenztheoretischen und den bedeutungs- und wissensorientierten Kulturbegriff.¹ Diese können wie folgt zusammengefasst verstanden werden: eine normative, d.h. vorschreibende und wertende Definition von Kultur bezieht sich dem Terminus entsprechend auf eine wertende Gegenüberstellung kultureller Praktiken, Objekte und Phänomene innerhalb einer Gesellschaft, welche darin einen hohen Stellenwert einnehmen und mit Hilfe von Traditionskonzepten erhalten werden. Daraus resultiert eine Eingrenzung auf jene Kulturobjekte, welche als *Hochkultur* angesehen einen ästhetischen Kanon ergeben, der in Wahrnehmung und Bewertung so präferiert wird, dass andere kulturelle Praktiken – z.B. aus Populär- und Alltagskultur – eine Benachteiligung oder sogar Zurücksetzung erfahren. Dieses normative Verständnis von Kultur, welches in Deutschland im 19. Jahrhundert im Bürgertum als Fortentwicklung des deutschen Idealismus an Bedeutung gewann, gilt im modernen Kulturverständnis als weitestgehend überwunden, hin zu einem wertfreieren und weiter gefassten Verständnis, das sowohl *Hochkultur* als auch *Volkskultur* umfasst.

Anders als im normativen Kulturverständnis zeigt sich der totalitätsorientierte Kulturbegriff darin, dass ästhetische Wertungen und Abgrenzungen keine Rolle spielen und stattdessen komplette kollektive Lebensgestaltungsformen in all ihren Geistes- und Handlungsausprägungen von Bedeutung sind. Auch eine Anerkennung strukturierter Verschiedenartig- und Gleichwertigkeit von Kulturen und ihrer Ausdrucksformen ist kennzeichnend im totalitätsorientierten Kulturbegriffskonzept. Es muss als nicht-normativ

¹ Vgl. Reckwitz 2000, S. 64

und Ganzheitlich orientiert verstanden werden und bildet bis heute die Ausgangslage anthropologischer und ethnologischer Arbeit. Es meint den Inbegriff aller kollektiv verbreiteten Kulturobjekte, also Formen von Leben, Wissen und Glauben, mit denen Menschen sozialisiert werden und durch die sie sich als soziale Gruppe von anderen unterscheiden. Ganz im Gegensatz zu einem weiten und ganzheitlichen Kulturverständnis schränkt sich der differenztheoretische Kulturbegriff auf "das enge Feld der Kunst, der Bildung, der Wissenschaft und sonstiger intellektueller Aktivitäten" ² ein.

Dieser Ansatz hat seinen Ursprung in der Soziologie und gilt unter Systemtheoretikern als Teilsystem der sozial ausdifferenzierten "modernen Gesellschaft, das sich auf intellektuelle und ästhetische Weltdeutungen spezialisiert" und das "zum Bestand der modernen Gesellschaft bestimmte funktionale Leistungen erbringt"³.

Der von semiotischen und konstruktivistischen Überlegungen geprägte bedeutungs- und wissensorientierte Kulturbegriff kann als sich in den in den letzten Jahrzehnten herauskristallisierte interdisziplinäre Präferenz in Sachen Kulturverständnis bezeichnet werden. Demzufolge stellt sich Kultur als der von Menschen erzeugte Gesamtkomplex von Denkformen, Vorstellungen, Werten und Bedeutungen dar, welcher sich in sogenannten Symbolsystemen materialisiert. Dabei zählen nicht nur materielle Ausdrucksformen, sondern auch die mentalen und sozialen Institutionen zum Bereich der Kultur, da diese jene Objekte überhaupt erst hervorbringen und in ihrer Dimension begreifbar machen. Das wohl bekannteste Beispiel für diesen Typus von Kulturbegriff ist das in der Kultursemiotik entwickelte Konzept von *Kultur als Zeichensystem*. ⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kultur stets Ausdruck mannigfaltiger Zusammenhänge in Bezug auf die Geistes- und Handlungswelt eines Individuums im Kontext seiner sozialen Umwelt ist. Kultur meint die Art und Weise, wie ein Individuum sich selbst, sein Gegenüber und seine Umwelt entsprechend seiner Prägung wahrnimmt, beschreibt und gestaltet. Kultur meint alles, was vom Menschen ist und damit auch den Menschen selbst, da die Selbstwahrnehmung bereits Ergebnis eines kulturellen Prozesses ist, entsprechend dem semiotischen Kulturbegriff eine Handlung, basierend auf dem Gesamtkomplex aller Denkformen, Vorstellungen und Bedeutungen und eine daraus resultierende soziale Institution, die als eigenes System vorausgesetzt wird. Das menschliche Individuum selbst

² Vgl. Reckwitz 2004, S. 6

³ Ebda.

⁴ Ebda.

kann als Kulturteilsystem verstanden werden, welches sich stets selbst erschafft und auch durch andere erschaffen wird. Die soziale Umwelt menschlicher Individuen ist daher ein Ineinandergreifen unzähliger Kulturteilsysteme, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede als große kulturelle Rahmensysteme (oder *Kulturen* bzw. heute *Kulturräume*) verstanden werden. Schlussfolgernd daraus ergibt die Frage nach der Kultur stets die Frage nach dem Rahmen, in dem sich das Individuum bewegt, da es selbst nur einen winzigen Anteil an ihm hat und ausmacht. Das Erkennen und Verstehen der unzähligen anderen Anteile scheint eine hochkomplexe und herausfordernde Aufgabe zu sein, welche aber dringend und notwendig ist, weil das Individuum nur so auf sich selbst Rückschlüsse ziehen kann. Kants universelles Rätsel „Was ist der Mensch?“ erscheint in diesem Kulturverständnis viel zu allgemein, vielmehr stellt sich die Frage „Was ist das Individuum im Kontext aller Individuen?“ bzw. in einem subjektiveren Bezugsrahmen „Was bin ich unter allen anderen?“ und damit nach dem, was gemeinhin unter Identität verstanden wird.

1.2 Der Mensch als kulturelles Wesen

Damit der Mensch als kulturelles Wesen sichtbar wird, ist neben einer Grundbetrachtung dessen, was die kulturelle Existenz des Menschen überhaupt ausmacht und wie sie zu einer Identität wird, ein Blick auf bereits gewachsene und etablierte Konzepte kultureller Identität und deren soziokulturelle Ausprägungsformen notwendig, um aktuelle gesellschaftspolitische Tendenzen, welche auf die kulturelle Identität abzielen, besser einordnen zu können.

1.2.1 Von der kulturellen Existenz und Identität des Menschen

Was ist der Mensch? Die Biologie beantwortet Kants Frage auf unmissverständliche Weise. Der Mensch existiert als eine von Millionen Arten auf diesem Planeten. Nach der biologischen Systematik ist er ein höheres Säugetier aus der Ordnung der Primaten, gehört zur Unterordnung der Trockennasen- und dort zur Familie der Menschenaffen. In der Biologie nimmt die Komplexität von Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen und Instinkten, welche in einzelne Funktionskreise zerlegt werden, eine zentrale Bedeutung in der Strukturierung hinsichtlich der Höherentwicklung ein. Diese bedeutet im Tierreich eine höhere Komplexität in den Sinneswelten (Seh-, Hör-, Tast-, Geruchs- und Geschmackswelten), welche zu einer mehrgestaltigen Umwelt führt, die sich aus, oft nicht miteinander verbundenen Teilumwelten

vereint, in denen sich Tiere entsprechend verhalten und bewegen.⁵ Im Gegensatz zu den Tieren, verbinden sich diese vielfältigen Teilwelten beim Menschen zu einer Einheit, „ ... in der die vielen Umwelten sich zu einer durchgängigen Umwelt formen, [...] in der wir die Identität der Gegenstände erfassen, die wir mit verschiedenen Sinnen wahrnehmen“⁶. Diese Formung einer einzigen Gesamtumwelt, welche nur durch die Höherentwicklung der menschlichen Sinneswahrnehmung und des Gehirns möglich wird, scheint im biologischen Verständnis also das zu sein, was Kants Frage beantwortet und den Menschen ausmacht. Demnach ergeben sich menschliche Verhaltensweisen rein aus dem, was das Individuum mit seinen ihm immanenten kognitiven und sinneserfassenden Eigenschaften in der Lage ist, aufzunehmen und zu verarbeiten. Biologische Veränderungen bewirken demnach auch Veränderungen hinsichtlich dieser hochentwickelten Eigenschaft. Das menschliche Individuum ist also immer direktes Ergebnis seines biologischen Entwicklungszustands und der Umwelt, in der es sich bewegt. In der Systematik der Biologie mag das ausreichen, aus dem Blickwinkel einer philosophischen Anthropologie, Sozial- oder Kulturwissenschaft hingegen wohl kaum. In seinem Werk über die kulturelle Existenz des Menschen nimmt der deutsche Philosoph Oswald Schwemmer an diesem Punkt Bezug auf Max Scheler, einer der Ersten, der Philosophie, Anthropologie und Soziologie in seinem Gedankenuniversum zusammenbrachte und der sich dem fatalistischen Schluss dieses biologischen Menschenbildes entgegenstellte:

„Der Mensch [...] ist das Wesen, das weltoffen ist, das die Einheit seiner Erfahrungen, und zwar sowohl der Gegenstände als auch der umfassenden Welt seiner Erfahrung, allein der Tatsache verdankt, daß [sic] es die Funktionskreise durchbricht und eine eigene selbsterzeugte Innenwelt zwischen die Erfassung der Außenwelt und sein Verhalten baut, [...] die selbstständige und gänzlich neue Welt seines Geistes“⁷.

Den Ausführungen Schwemmers folgend gibt Scheler auch zu verstehen, wie dieser Geist genauer zu erklären ist:

„Der Geist, das ist eben jenes Vermögen der Gegenstandsbestimmung, das ein Identisches in allen seinen Umwelträumen festhalten und das sich eigene Welten ausdenken, gegen die bestehende Welt andenken und damit aus den Zwängen der geschlossenen Funktionskreise ausbrechen kann“⁸.

⁵ Vgl. Schwemmer 1997, S. 16

⁶ Ebd.

⁷ Schwemmer 1997, S. 17

⁸ Ebd., S. 18

Gleichsam sieht Scheler ein damit verbundenes Problem entstehen. So sei der Mensch, der in seinem Geist eine Welt erschaffen kann, selbst aus den sicheren Funktionskreisen des rein biologischen Wahrnehmens- und Verhaltens herausgefallen, ohne Halt und muss auf sich allein gestellt, etwas finden, worauf er sich stützen kann.⁹

Durch dieses Problem lässt sich Kants Frage auch in diesem Sinne nicht beantworten, selbst wenn die Menschen unterschiedlichste Techniken entwickelt und mit Hilfe jenen Geistes Weltanschauungen, Mythologien und Glaubensströmungen erdacht haben, welche diesen ihnen offenbar bewusst unvollständigen Zustand ihrer Existenz ausfüllen sollten. Setzt man beide beschriebenen Erklärungsmodelle jeweils als Axiome der Natur- und der Geisteswissenschaften voraus, wird offensichtlich, wie notwendig eine Verbindung dieser beiden traditionellen Gegensätze wird. Das Verständnis des Menschen in seiner kulturellen Existenz kann hier das probate Mittel sein. Nach Oswald Schwemmer „läßt [sic] sich die Kontroverse [...] in das Programm einer interdisziplinären Untersuchung umformen, die sowohl die neuronalen Prozesse als auch die symbolischen Strukturen als Medien unserer geistigen Leistung ansieht“¹⁰. Vereint man die Auffassung, der Mensch sei ein sozial eingebundenes „Weltwesen“ mit der Gegenposition, die von der absoluten Individualität des Menschen ausgeht, ergibt sich ein Konzept, das nach der kulturellen Form der persönlichen Identität fragt, um diese verständlich zu machen.¹¹

Der Fragestellung „Was ist das Individuum im Kontext aller Individuen?“ folgend, beginnt Kultur dort, wo das menschliche Individuum das erste Mal sich selbst und seinen Organismus überschreitet und den äußeren Raum betritt, in dem auch andere Individuen existieren und exakt das Gleiche tun. Die Welt zwischen diesen Individuen, die in semiotischer Weise als Welt der Zeichen und Symbole verstanden werden kann, wird gleichsam der Kontext ihrer Handlungen, und von ihrem Innenleben des Denkens und Fühlens, geprägt. Schwemmer folgend besteht Kultur genau darin, „die Innenwelt des Menschen aus seiner selbstgeschaffenen Außenwelt, als die Innenseite der Außenwelt, zu bilden und die Außenwelt als Präsentation, als faßbare [sic] Gegenwart der Innenwelt [...] aufzubauen“¹². Das Ineinandergreifen von Innen- und Außenwelt und die damit stetig verbundene Einflussnahme auf einander, ist das, was Kultur ist. Der in 1.1. beschriebenen Vorstellung vom Individuum,

⁹ Schwemmer 1997, S. 18

¹⁰ Ebda., S. 11

¹¹ Vgl. ebda

¹² Schwemmer 1997, S. 30

das selbst als Kulturteilsystem erkennbar ist, wird dieses Bild von ineinander wirkenden Innen- und Außenwelten gerecht – demnach sind die größeren kulturellen Bezugsrahmen, die gemeinhin auch als *Kulturen* oder *Kulturräume* benannt werden, Ergebnis der Prägung aller nach Außen projizierten Innenwelten der Individuen, die sich unter diesen Oberbegriffen zusammenfassen lassen. Da der Beeinflussung aber stets ein in beide Richtungen stattfindender Prozess ist, prägt diese Außenwelt also auch die Innenwelt der Individuen in ihr. Das hat zur Folge, dass ein stetiger Austausch von Handlungen als Ausdruck der Innenwelten der Individuen mit der von ihnen erschaffenen Außenwelt als Medium stattfindet und die Individuen stets Teile des Denkens und Fühlens aller anderen Individuen in ihren Innenwelten voraussetzen müssen. Dem entsprechend ist die Frage, was das Individuum im Kontext aller Individuen sei, also gleichsam die Frage nach der Kultur, welche die Art und Weise der Interaktion und des Austauschs aller Individuen meint, aber auch die Frage nach der Identität, also der genauen Zusammensetzung aller bisherigen Prägungen durch die Außenwelt und damit durch die anderen Individuen. Eva Kimminich, welche aus meiner Sicht maßgebliche Arbeit in der Kulturwissenschaft zur Thematik der kulturellen Identität geleistet hat, formuliert diesen Umstand wie folgt:

„Identität ist eine Erfahrung, die immer mindestens an einen anderen gebunden ist. Seine körperliche wie mentale Gleich- oder Andersartigkeit ist Anlass ihrer eigenen leiblichen wie geistigen Existenz, aber auch ihr gegenwärtiges wie zukünftiges Potential der Entfaltung. [...] Identität entfalten bedeutet [...] nicht nur Mit-sich-selbst-übereinstimmen, sondern auch ein Mit-anderen-übereinstimmen, bzw. ein Nicht-mit-anderen-übereinstimmen“¹³.

Identitätsprozesse und -formen sind also immer im Kontext einer Gruppe und damit einer Kultur zu sehen und können im Diskurs um die kulturelle Identität des Menschen nicht vernachlässigt werden. Ausgehend von verschiedenen Kulturbegriffen ergeben sich differente Ausprägungen kultureller Identitätskonzepte, die nachfolgend umrissen werden sollen.

¹³ Kimminich 2003, S. 9

1.2.2 Plurikulturelle und monokulturelle Ausprägungen kultureller Identitätskonzepte

Wenn Kultur, wie vorher beschrieben, also die Art und Weise ist, wie sich Innen- und Außenwelten von Individuen komplex miteinander beeinflussen und verknüpfen, kann die Vorstellung einer geschlossenen Einheit zwischen Kultur und Identität kaum Bestand haben. Kultur ist nicht nur eine komplexe Wechselwirkung. Eva Kimminich umschreibt sie als Zeichensysteme und symbolische Ordnungen, in denen sich Hohlräume und Nischen finden, in denen das Andere, das Fremde, das Neue bereits vorhanden sei und welche sich zu einem Ort multikultureller Identitätsbildung öffnen würden. Demnach sei die plurale bzw. multikulturelle Identität die Lebensform der meisten Menschen, sowohl bezogen auf die Prägung ihrer Vergangenheit als auch auf die Potenziale ihrer Zukunft.¹⁴

Dieser Auffassung widersprechen die traditionellen Konstrukte der Monokulturalität, welche vor allem im Rahmen nationalstaatlicher und ethnozentrischer Konzepte zu finden sind und welche Eva Kimminich als antihumanistisch kennzeichnet. Ihren Ausführungen folgend, seien diese stets von Diskursen der Macht getragen, welche die Notwendigkeit, humanwissenschaftliche Erklärungsmodelle in den politischen Handlungsbedarf zu integrieren, verhindern würden.¹⁵ Eine wesentliche Eigenschaft dieser Konstruktionen ist also die Nichtimagination der bis zu Gegenwart gewachsenen (Kultur-)Sphäre der Ideen, Bilder und Zeichen, welche aus den Innen- und Außenwelten der Individuen anderer Völker, Ethnien und Kulturräume erwachsen sind. Stattdessen setzen sie voraus, dass die kulturellen Prozesse zwischen Innen- und Außenwelt der Individuen zu so differenten Ausprägungen führen, dass eine Kompatibilität mit wiederum Anderen nicht möglich sei und der stetige Fortgang der Entwicklung dieser Sphären nicht stattfinden würde, bzw. vor allem negative Folgen mit sich bringen würde. Eine Fokussierung auf ausgewählte Kulturobjekte, welche durch Traditionskonzepte in einem Kanon zur *Hochkultur* erhoben werden, dienen als Beschreibung und zeitgleich Grenze dessen, was die Sphäre der Kultur umfasst und beschränken damit die Deutungsmöglichkeiten aller Prozesse zwischen Individuen und ihrer Umwelt auf bereits festgelegte Parameter.

Auch wenn erstgenannte Konzepte spätestens seit 80 Jahren den wissenschaftlichen Diskurs prägen, sind monokulturelle Identitätsideen nach wie vor in den Gesellschaften präsent und erleben in Krisenzeiten und im Angesicht einer komplex vernetzten und damit schwer

¹⁴ Vgl. Kimminich 2003, S. 11

¹⁵ Vgl. ebda.

deutbaren Globalität immer wieder neuen Aufwind. Letztendlich vereint beide Positionen ein Grundbedürfnis das Handeln der Individuen im Kontext ihrer sozialen Umwelt zu beschreiben und zu verstehen, aber auch Mittel der Steuerung der kulturellen Prozesse zu entwickeln. Innerhalb der von Machtdiskursen getragenen monokulturellen Konstrukte, lässt sich diese Einflussnahme anhand ihrer Mechanismen und Werkzeuge nachweisen. So finden sich in totalitären Gesellschaftsformen stets mythologische Bezugsrahmen, welche die wesentlichen Eigenschaften, die Herkunft, die Entwicklung und die damit verbundenen Unterschiede zu äußeren Kultursphären beschreiben. Brauchtum und Tradition können in diesem Kontext als Mechanismen verstanden werden, die ihrerseits dieser Mythologie entspringen um zeitgleich deren Fortbestand zu legitimieren. Diese Vorgänge sind in der Außenwelt so präsent, dass sie maßgeblichen Einfluss auf die Innenwelt der Individuen nehmen müssen, welche wiederum als Multiplikatoren dienen und sie zurück in die Außenwelt und damit in die potenziellen Innenwelten anderer Individuen projizieren. Das Vorhandensein dieser Mechanismen, welche als Kulturobjekte, aber auch semiotische Zeichen und Symbole verstanden werden, bilden somit eine eigene Sphäre, welche so viele Individuen umfasst, dass sie von ihnen als homogener Rahmen wahrgenommen werden, was zwingend identitätsbildende Prozesse mit sich führt. Da diese Kulturobjekte bereits zum Identitätsrahmen der Außenwelt erklärt sind, wird diese Eigenschaft auch in die Innenwelt der Individuen übernommen. Die kulturelle Identität des Individuums ergibt sich diesem Konstrukt also aus Kulturobjekten, deren Nutzung zu einem primären System der Außenwelt wird, dessen autopoietische Dynamik und Abschottung nach Außen die Individuen, die es umfasst homogenisiert.

Auch plurikulturelle Identitätskonstrukte kennen diese Systeme, begrenzen diese aber auf eine klar umrissene Wirkungssphäre. „Identitätsbildungsprozesse sind immer an ein Kollektiv und damit an eine Kultur gebunden“¹⁶. Die Kultur in diesem Kontext basiert nicht primär auf mythologisierten Kulturobjekten. Die Kultur hier „erkennt ihre immer schon plurikulturelle, an Akkulturationen geprägte Entstehung an“¹⁷. In einem Bezugsrahmen, in dem die komplexe Wechselwirkung von Innen- und Außenwelt der Individuen als stetiger Prozess und nicht als *gewachsen* gilt, können Kulturobjekte zwar auch autopoietischen Bedeutungssystemen immanent sein, beschränken sich aber eben nur auf diese und damit auch ihren Einfluss auf die Individuen in ihm. Während diese Systeme in monokulturellen Konstrukten als *aus*

¹⁶ Kimminich 2003, S. X

¹⁷ zitiert nach: Kimminich 2003, S. XI

gleichen Bestandteilen bestehend auftreten, wird hier von *aus pluriindividuellen Bestandteilen* zusammengesetzten Konstruktionen ausgegangen, welche zwar in ihrem Anteil am System eine gleiche Eigenschaft aufweisen, es aber darüber hinaus nicht zwingend sind. Vielmehr wird die kulturelle Individualität, und damit das am meisten etablierte Konstrukt einer plurikulturellen Identitätsvorstellung zum Gegenstand dessen, was das System erst hervorbringen kann und seinen autopoietischen Charakter aufrechterhält. Die kulturelle Individualität des Individuums wird hier zum Hauptargument und damit Mechanismus der Einflussnahme, da sich schlichtweg jedes denkbare Kulturobjekt auf eine rein individuelle und damit subjektive Wahrnehmung kontextualisieren lässt und damit eine Täuschung bzw. Verschleierung von Handlungen möglich wird, die alle Individuen innerhalb eines pluralistischen Kulturrahmens betrifft, sich aber als rein individuelle Ausprägung darstellt. Anders ausgedrückt erschafft eine absolute kulturelle Individualisierung eine Sphäre, in der das Individuum nicht mehr in der Lage ist zu erkennen, ob der Austausch zwischen Innen- und Außenwelt nur es selbst oder auch andere Individuen betrifft oder wie dieser Austausch zu bewerten ist. Individualität und Individualisierung sind daher – analog zu den durch Traditionen und Brauchtum hyperpräsenten Kulturobjekten – ebenfalls subtile Mechanismen von Macht und Einflussnahme. Damit lässt sich die Frage nach der kulturellen Identität mit beiden Positionen nicht ausreichend beantworten und sollte gegebenenfalls selbst in Frage gestellt werden, insbesondere hinsichtlich ihrer Relevanz und ihrer Funktion im Kontext gesellschaftspolitischer Identitätspolitik.

1.3 Identitätspolitik: Missbrauch kultureller Unterschiede

Ein gelingender Missbrauch kultureller Unterschiede setzt voraus, dass die Missbrauchten unzureichend befähigt sind, den Missbrauch selbst als solchen wahrzunehmen. Dies wird dann möglich, wenn die gegenwärtige gesellschaftspolitische Realität zu neu oder komplex ist, als dass sie die alten etablierten Vorstellungen restlos überwinden konnte. Die Politisierung kultureller Unterschiede, welche bis zum Identitätswahn und aus ihm erwachsendem Fundamentalismus getrieben werden kann, setzt die Unvereinbarkeit differenter kultureller Identitäten voraus und steht damit im absoluten Gegensatz zur gesellschaftspolitischen Realität in Deutschland im Jahr 2016, welches längst in der *Kultur der Moderne* angekommen ist.

1.3.1 Die Kultur der Moderne

Die scheinbare Unvereinbarkeit plurikultureller und monokultureller Konstrukte wird gern anhand historischer Gegebenheiten demonstriert, ist es doch all zu leicht eine rückwirkende und damit in der Regel auch vollständig kontextualisierte Bilanz zu ziehen. Von größerer Relevanz jedoch bleibt die Frage nach den kulturellen Bedingungen der Gegenwart. Politikwissenschaftler Thomas Meyer trifft dazu eine zeitgemäße Aussage aus *westlicher* Sicht wie folgt: „Die Kultur der Moderne ist im Kern eine Kultur des Umgangs mit Differenzen“¹⁸.

Sie sei aber entgegen einer weit verbreiteten Annahme eben nicht identisch mit der traditionellen *Kultur des Westens*, sondern Ergebnis substanzieller Umwälzungen und Transformationen der vergangenen Jahrhunderte, welche vor allem in den wesentlichen kulturellen, sozialen und politischen Bedingungen sichtbar wurden, vor allem in ihrem Anspruch, ihren Legitimationsgrundlagen, Grundwerten und Institutionen. „In diesem prinzipiellen Unterschied und nicht in ihrer westlichen Vorgeschichte gründet der universelle Anspruch, der sich mit ihren maßgeblichen Normen verbindet“¹⁹. Bemüht man dennoch einen zusammenfassenden historischen Blick darauf, wird schnell deutlich, dass die *Kultur der Moderne* nach den tiefen Identitätskrisen und bedrohlichen Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts, vor allem aber nach den politischen Revolutionen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts und ihren verheerenden Folgen, der einzige Ausweg war und sich letztlich aus den kulturellen Traditionen des Westens heraus entwickeln musste, welche auf Grund ihres normativen kulturellen Selbstverständnisses den vielfältigen Unterschieden und damit ihrer eigenen Überlebensfähigkeit nie richtig gerecht werden konnte. Die Notwendigkeit drückte sich darin aus, die Allgegenwart von Differenzen an Stelle von sicheren Traditionen anzuerkennen und auf dieser Grundlage Normen zu schaffen, welche trotzdem im Stande sind, den Frieden, das Zusammenleben und den Zusammenhang des Ganzen zu bewahren.²⁰ Jene Leistung zeichnet die *Kultur der Moderne* aus und nicht etwa, wie weitläufig behauptet und verstanden der blinde Konsumismus, der zwar in westlichen Industrienationen mit kapitalistischen Wirtschaftssystemen existiert, aber eben nicht nur dort und daher kaum als generativer Kern westlicher Kultur erkennbar ist. Die *Kultur der Moderne* „hebt die besonderen kulturellen Identitäten nicht auf, sondern schafft den Spielraum, in dem sie sich miteinander entfalten können, [...] ist reflexiv, denn sie besinnt sich auf die Legitimität

¹⁸ Meyer 2002, S. 25

¹⁹ Meyer 2002, S. 26

²⁰ Vgl. ebda.

prinzipieller Unterschiede“²¹. Sie kann demnach nicht als eigene Lebensweise verstanden werden, sondern vielmehr als Rahmenkultur für unterschiedlichste Lebensweisen. Dem entsprechend beantwortet sich auch die Frage nach der *Leitkultur*, welche nur mit ihrem Nichtvorhandensein beantwortet werden kann bzw. nur in dem bereits erwähnten Sinne, dass sich die Eigenschaften jener Kultur aus jenem Vorhandensein von Unterschieden *ableiten* lässt, was ihrerseits die leitgebende Eigenschaft ist und damit so etwas wie die Grundidee einer „Leitkultur“. Die *Kultur der Moderne* erfährt ihren konsensgebenden, Individuenverbindenden und gemeinsam betreffenden Aspekt in den Gesetzen des Staates. Innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen jedoch ist sie frei und nicht kausal identifizierbar.

1.3.2 Die Politisierung kultureller Unterschiede

Lange schien es, dass die *Kultur der Moderne* in der Lage sei, die alten, auf den Massenerfolg abzielenden Politisierungen kultureller Unterschiede überwinden zu können, da ihr selbst von Grund auf ein neuer Umgang mit ihnen immanent war, aus dem heraus sie sich selbst erst erschaffen konnte. Doch seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts erstarken politische Instrumentalisierungen – spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und seiner Verheißungen erleben sie einen deutlich wahrnehmbaren Schub. So zeigten bereits 1996 Martin E. Marty und Scott Appleby in einer umfassenden Überblicksstudie, welche mit 14 empirischen Fallanalysen sieben differenter Kulturkreise auf fünf Kontinenten durchgeführt wurde, dass kulturelle Unterschiede wie Sprache, Religion und andere Bereiche in verfeindeter Absicht gegeneinander ausgespielt und damit politisiert werden.²² Im modernen Fundamentalismus fand diese Politisierung kultureller Unterschiede am Ende des 20. Jahrhunderts in nahezu allen Kulturen ihre bisher erfolgreichste Strategie und zeigt sich an den verschiedenen Schauplätzen ähnlich vielfältig, wie die *Kultur der Moderne*, gegen die er sich eigentlich richtet.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde deutlich, wie unterschiedlich sich kulturelle Muster in Lebensweisen und Grundwerten in Form von kollektiven Prägungen und Erwartungen manifestieren können. Überraschend und neu war das freilich nicht, doch die darauf einsetzende politische Instrumentalisierung jener so deutlich wie selten zu Tage getretenen Unterschiede, welche erst durch eine Mischung aus absichtlich politischer

²¹ Meyer 2002, S. 27

²² Vgl. Marty/Appleby 1996, S. 105ff.

Fabrikation und einer herrschenden Desorientierung der Öffentlichkeit möglich wurde, war es schon. Ziel dieser Instrumentalisierung war ein politisch verwertbares kulturelles Selbstbewusstsein, welches sich interessanter Weise selbst wieder aus Unterschieden und der über sie herrschenden Unsicherheit speiste, und maßgeblich dem Zweck diente, ein Bewusstsein kultureller Differenzen zu schaffen.²³ Nun stellt das erstmal keinen Widerspruch zur *Kultur der Moderne* dar, welche ebenfalls von einem Bewusstsein über kulturelle Unterschiede maßgeblich geprägt wird und diese auch bewusst gleichwertig nebeneinander akzeptiert. Die Strategie hinter der Instrumentalisierung war jedoch vormachtorientiert, und sollte durch das Konzept eines kulturellen Selbstbewusstseins einen Hebel für politische Verfeindungen um kulturelle Dominanz und Macht schaffen. Thomas Meyer bezeichnete diese Situation als „Rückkehr eines Freund-Feind-Denkens durch die kulturelle Hintertür in die Mitte der politischen Arena“²⁴. Diese Strategie, welche der deutsche Philosoph Wolfgang Iser als *kulturellen Rassismus* erkannte, steht nach Meyer nicht nur im absoluten Gegensatz zu allem, was heute für politische Lösungen der grundlegenden Probleme der Menschheit (Sicherung des Friedens, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage, wirtschaftliche Zusammenarbeit etc.) geboten und welche nur durch die Überwindung aller Unterschiede von Traditionen, Kulturen und Religionen möglich wäre, sie steht auch im Gegensatz „zu einer globalen Wirklichkeit, in der sich die Kulturen längst wie Flüssigkeiten mischen und nicht mehr nur äußerlich aneinander stoßen können“²⁵.

Diese globale Wirklichkeit existiert natürlich nicht ohne das reale Konfliktpotenzial, welches kulturelle Differenzen mit sich bringen kann. Sie können sich in Form von Missverständnissen über die Bedeutung von Symbolen und Handlungen zeigen, welche sich selbst aus dem jeweiligen Bedeutungssystem der beteiligten Kulturen ergeben oder sogar unerkant bleiben und damit zu Fehlwahrnehmungen und aus ihnen resultierenden Konflikten werden.²⁶

Vor allem die unerkanteten und nicht thematisierten kulturellen Unterschiede tragen ein hohes Konfliktpotenzial. Die *Kultur der Moderne* kennt hier zahlreiche Möglichkeiten zur Übersetzung kultureller Items aus einem Bezugssystem in ein anderes. Kulturelle Bildung, Medien und Technologie haben in den letzten Jahrzehnten einen großen Anteil daran gehabt, durch derartige Übersetzungen einen breiten Verständniskonsens zu schaffen.

²³ Vgl. Meyer 2002, S. 29

²⁴ Meyer 2002, S. 30

²⁵ Ebda.

²⁶ Vgl. Weiß 2001, S. 87

Die unterschiedlichen Symbole und Institutionen, welche das öffentlich soziale Zusammenleben betreffen, erfahren darüber hinaus kontinuierlich ein hohes Interesse und Aufmerksamkeit, vor allem in denen von ihnen betroffenen Gruppen, welche sich in der Regel über die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit möglichen Missverständnissen absolut bewusst sind. Konfliktstiftende Probleme sind selten bis nie auf die Bedeutung möglicher kultureller Unterschiede zurück zu führen. Vielmehr lässt sich beobachten, dass fundamentalistische Identitätspolitik stets primär Bezug auf Unterschiede innerhalb eines kulturellen Rahmens- oder Raums nimmt, unabhängig davon, ob nun innerhalb einer Glaubensgemeinschaft oder einer nationalstaatlich umrissenen Gesellschaft. Konflikte zwischen Fundamentalismus und Liberalismus lassen sich weltweit und unabhängig von kulturellen Bezugsrahmen finden, wodurch es daher unwahrscheinlich ist, dass eine fehlerhafte oder fehlende Übersetzung kultureller Bedeutungszuschreibungen die Ursache für die beschriebene Zunahme von Identitätspolitik ist.²⁷ Meyer gibt in seinem Werk zur Identitätspolitik einen Hinweis darauf, was als konstruktive Form von Identitätspolitik verstanden werden könnte. Ihm folgend setzt ein fairer Umgang mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten (also eines der Kernziele der *Kultur der Moderne*) „Gleichberechtigung als Handlungsmotiv in zwei wesentlichen Bereichen voraus: Es bedarf an Gerechtigkeit im Zugang zu den zentralen sozialen Lebens- und politischen Machtchancen sowie wechselseitige Anerkennung und Achtung“²⁸. Wenn kulturelle Zugehörigkeit, Abstammung oder Zurechnung zu nachweisbarer Benachteiligung in einem dieser zwei wesentlichen Bereiche (oder in beiden) führt, ist gemäß Meyer politischer Kampf mit dem Ziel der Herstellung gerechter Bedingungen als legitim anzusehen, allerdings unter Berücksichtigung grundsätzlicher Aspekte: Der politische Kampf muss die Gleichheit der involvierten kulturellen Formen anstreben, er muss die Gewährleistung der Freiheit der beteiligten Individuen innerhalb ihres kulturellen Kontextes als Ziel haben und darf außerdem die Zugehörigkeit zu keiner der kulturell definierten Formen zur Bedingung einer Garantie der grundlegenden gesellschaftlichem, sozialen und kulturellen Menschenrechte machen. Forderungen, Ziele und Strategien, die sich innerhalb dieses Rahmens bewegen, sind nach Meyer keine Instrumentalisierungen kultureller Differenzen, sondern klare, pluralistisch ausgerichtete Antidiskriminierungspolitik, denn ihr Ziel ist stets die Verständigung über eine gemeinsame

²⁷ Vgl. Meyer 2002, S. 34

²⁸ Ebda.

Grundlage und den Umgang mit den Unterschieden. Anders verhält es sich mit fundamentalistischer Identitätspolitik, welche auf Grund ihrer Präferenzen hin zu Dominanz, Ungleichheit, Nichtanerkennung und Ausschluss gegenteilig als Diskriminierungspolitik bezeichnet werden muss. Sie macht kulturelle Identität zum Mittel für den Zweck ihrer eigenen Macht und damit wiederum zur Basis der kulturellen Diskriminierung und folgt damit einer eigenen inneren Logik, welche zum Beispiel mögliche Verständigung von vorne herein ausschließt, in dem sie alle potenziellen Konfliktmöglichkeiten auf kultureller Ebene sieht. Sie erklärt damit die Unterschiede, unabhängig davon ob tatsächlich vorhanden oder konstruiert, zum grundlegenden Hindernis einer möglichen erfolgreichen Verständigung.²⁹ Eine derartige Politik hat in der Regel den Sinn und Zweck, existierende Konfliktfronten, welche auf die amtierende Macht zurück zu führen sind (Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit, Unterdrückung, Korruption, Machtmissbrauch etc.) zu verschieben, und so darzustellen, als seien sie folgen der Herausforderung durch eine differente feindliche Identität. Das zentrale Argument einer solchen Politik ist in der Regel, dass die problembehafteten Verhältnisse Folgen eines Verfalls der eigenen kulturellen Identität seien, welche sich ihrerseits aus der Präsenz und Zunahme andersartiger kultureller Identitäten in unmittelbarer Nähe ergäbe.³⁰ In der Vergangenheit war diese unmittelbare Nähe weiter gefasst, als es in der *Kultur der Moderne* und zu Zeiten des durch globalisierte Wirtschaftspolitik erschaffenen *Weltdorfs* üblich ist. Die Politisierung kultureller Unterschiede war ein Kapitel der Außenpolitik, mit dem sich Diplomaten und Experten beschäftigten, die Bedrohung lag außerhalb der staatlichen und damit (vermeintlich) kulturellen Grenzen, der Feind, der Andere, das Andere war als politisches Gegenüber zwar nah, aber in der alltäglichen Lebenswirklichkeit der meisten Individuen doch zu weit weg, um erlebbar zu sein. Mit der politischen und damit auch kulturellen Öffnung wurde sie zum einem zentralen Thema der Innenpolitik einer jeden Gesellschaft der Gegenwart und hat sich als Rezept bewährt, Stimmungen zu entfachen, welche als politische Stimmung oder gesellschaftliche Zustimmung instrumentalisiert werden können, vor allem dort, wo Macht von denen getragen wird, die zu den realen Anforderungen und Aufgaben der Politik wenig beizutragen in der Lage sind. Die Entrechtung der *Anderen* dient ihr als Suggestion der Grundlage des Gemeinwohls der *Eigenen*. Freund-Feind-Gegensätze werden errichtet und reale Emotionen durch bewusst provozierte Fragen von

²⁹ Vgl. Meyer 2002, S. 35

³⁰ Vgl. ebda.

Leben und Tod, Würde und Erniedrigung, Glück und Entfremdung, Sicherheit und Gefahr angesteuert, um in einem Maße entfacht zu werden, wie es politische Inhalte in der Regel nicht in der Lage sind zu erzeugen. Thomas Meyer stilisiert sie wie folgt: „Die Politisierung kultureller Unterschiede ist eine außenpolitische Gefahr und eine innenpolitische Versuchung“³¹. Sie speist sich von außen, sowie von innen und erschafft damit eine „Kreisbewegung wechselseitiger Bestätigung“³², welche genau das ausfüllen scheint, was nach dem Zusammenbruch der großen Ideologien des letzten Jahrhunderts unausgefüllt geblieben ist. Fataler Weise übertrifft sie diese bei weitem, denn

„sie ist gleichermaßen in ihrem Ausgangspunkt wie in ihrem Ergebnis [...] inhumaner, als die Machtansprüche des 20. Jahrhunderts je waren, denn sie stempelt den Einzelnen nach seinem kulturellen Herkommen ein für alle Mal als unveränderlichen Größe ab, während die großen Ideologien sich noch der Mühe der Konversion unterzogen, die dem Einzelnen immerhin die Chance der eigenen Selbstzurechnung und damit einen Rest der Würde der Selbstbestimmung ließ“³³.

Darüber hinaus hat sie den Effekt, die wirklichen und für den Lebensalltag der Individuen wichtigen kulturellen Unterschiede und ihre Bedeutungen für die soziale Umwelt, Politik und Wirtschaft hinter ihrem Freund-Feind-Schema verschwinden zu lassen und damit auch aus dem öffentlichen Bewusstsein. Sie ist damit fast ein selbsttragender Prozess, in dem sich Akteure von innen und außen gegenseitig zuspielden und damit ein Eindruck entsteht, ihre Prognosen und Erklärungen seien zutreffend, nicht zuletzt, weil dadurch eine unvoreingenommene, offene, empirische und vor allem hermeneutische Betrachtung realer kultureller Unterschiede bewusst vermieden werden kann, wahrscheinlich in dem Bewusstsein der Möglichkeit den eigenen Standpunkt als nicht fundierte Konstruktion vorzufinden.

Die Politisierung kultureller Unterschiede ist also eine bereits bekannte politische Strategie, welche auf ein selbsterdachtes, sich selbst erhaltend rechtfertigendes ideologisches Konstrukt baut und den Machterhalt und die Verschiebung von Verantwortung anstrebt.

Sie zielt dabei bewusst auf ein kulturelles Identitätsbedürfnis der Individuen innerhalb des betroffenen gesellschaftlichen Rahmes ab und suggeriert überall dort, wo Emotionen auf Grund realer Missstände und Probleme ansteuerbar sind, Ursachen in der kulturellen

³¹ Meyer 2002, S. 36

³² Meyer 2002, S. 39

³³ Ebda.

Andersartigkeit von Individuen inner- und außerhalb der selbst umrissenen kulturellen Grenzen der Lebenswelt. Daher scheint das Erstarken dieser politischen Strömung kaum verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, dass kulturelle Unterschiede in unmittelbarer Nähe ein wesentliches Merkmal der *Kultur der Moderne* sind, in der Identität nicht oktroyiert wird, sondern Motivation und Anstrengung eines jeden Individuums bedarf.

1.3.3 Identitätswahn als Instrument kultureller Identitätspolitik

Die Theorien und Erklärungsmodelle von Identität in den Forschungsbereichen von Sozio- und Psychologie sind vielfältig und jeweils in ihrem eigenen Kontext relevant genug, um ausführlich und einzeln betrachtet zu werden. Im Rahmen der Instrumentalisierung kultureller Unterschiede und dem zu Grunde liegenden politisch-kulturellen Zusammenhang wird besonders ein Phänotyp von Identität interessant, der sich in seiner Ausprägung als Identitätswahn beschreiben lässt. Identitätswahn als Begriff erscheint generell etwas paradox, da er sich im Sinne dessen, was Identität stets ist, eigentlich widerspricht. Er zeigt bildsprachlich einen Vorgang, eine Art und Weise, in der Identität in einem so gesteigerten Maße Relevanz verliehen bekommt, dass es im Wortsinne wahnhaft Züge annimmt. Identität im Kontext politisch-kultureller Zusammenhänge ist eine Grundvoraussetzung für jedes Individuum, um als Wesen innerhalb einer sozialen Umwelt in wechselnden Situationen und über alle Unterschiede hinweg als Dasselbe wahrgenommen und verstanden zu werden. Identität in diesem Minimalkonsens betrifft in der Eigenschaft einer Zuschreibung *wer das Individuum ist*, sowohl das Individuum in seiner Selbstwahrnehmung, als auch sämtliche Bezugsgruppen, die es als genau jenes erkennen und anzuerkennen in der Lage sind. Sobald die soziale Umwelt unterschiedliche und konkurrierende Interpretationen, Erwartungen und Normen für Individuen und Situationen umfasst, kann Identität nicht mehr als personale Größe, als fester und niemals vergehender und unveränderlicher Besitz verstanden werden, sondern lediglich als ein fortlaufender strukturierter Prozess, der die permanente Leistung des Individuums in Interaktion mit dieser sozialen Umwelt meint.³⁴

Identität ist keine Selbstzuschreibung des Individuums, welche innerhalb der sozialen Umwelt übernommen und anerkannt wird, sondern wird erst dann sichtbar, wenn die soziale Umwelt Eigenschaften im Individuum erkennt, welche ihm selbst ebenfalls bekannt sind. Sie ist ein

³⁴ Vgl. Meyer 2002, S. 41

Prozess des permanenten Aushandelns zwischen Selbstbild und dem Bild, welches die soziale Umwelt von ihm entwirft und kommuniziert. Meyer formuliert dahingehend einen wesentlichen Grundsatz: „Der Prozess gelingender Identität ist auf Anerkennung der Anderen angewiesen“³⁵. Das Individuum könne sich diesem Prozess, in dem eine Übereinstimmung beider niemals garantiert und ein Misslingen trotz aller Zumutungen und Anstrengungen stets möglich ist, nicht entziehen, solange es von seiner sozialen Umwelt als *das, was es ist* anerkannt werden möchte. Aus diesem Grund ist Identität kein individueller Besitz, sondern stets der Prozess einer Balance zwischen widersprüchlichen Erwartungen innerhalb der sozialen Umwelt. Da die Bezugsgruppen und Situationen auch innerhalb einer deutlich umrissenen sozialen Umwelt wechseln, ist es dem Individuum nahezu nicht möglich, die ihm von der sozialen Bezugsgruppe zugeschriebene Identität ganz anzunehmen, solange es Individuum bleiben möchte. Eine soziale identitäre Selbstbehauptung ist daher unerlässlich und verlangt von jedem Individuum innerhalb der sozialen Bezugsgruppe ein Mindestmaß darin, Widersprüche, Uneindeutigkeiten, Offenheit und Widerstände aushalten zu können, ohne diese dabei als Bedrohung oder Verweigerung der Anerkennung seiner selbst zu empfinden. Ist die soziale Umwelt eine offene Gesellschaft, der grundsätzlich immer widersprüchliche Erwartungen an das Individuum immanent ist, verliert der Akt der Identifikation für die Ausprägung einer stabilen Identität an Bedeutung. Vielmehr ist (unter Voraussetzung einer niemals restlosen Übernahme sozialer Erwartungen) die Fähigkeit „zu Empathie mit anderen Identitäten, Distanz zu den jeweils übernommenen eigenen Rollen und Toleranz gegenüber den“³⁶ uneindeutigen Widersprüchen entscheidend. Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen diese Fähigkeit im Individuum ermöglichen und von jedem Individuum ausgehalten werden.³⁷

Identitätswahn beginnt dort, wo diese Wechselbeziehung durch fehlende Distanz, sowohl zur eigenen Rolle, als auch gegenüber den ambivalenten Rollen (und damit den Identitäten) der anderen Individuen auf Grund fehlender Bereitschaft und Fähigkeit den stetigen Spannungszustand innerhalb eines kulturellen Bezugsraums auszuhalten, zerstört wird. Identitätswahn negiert die gleichwertige Koexistenz wechselhafter und unterschiedlich ausgeprägter Formen von Identität und will nichts anderes, als eine Form von Identität vorgeben und diese allen Individuen in allen Lebensbezügen innerhalb der sozialen Umwelt

³⁵ Meyer 2002, S. 41

³⁶ Meyer 2002, S. 43

³⁷ Vgl. ebda.

oktroieren. Aus einer Identitätssuche erwächst ein Identitätswahn, wenn das Individuum in seiner sozialen Umwelt keine andersartigen Identitäten mehr erfahren muss, wenn nichts Fremdes, Anderes und Uneindeutiges mehr herausfordert, verunsichert und Fragen über sich selbst aufwirft. Dabei bedingt der Zweck sich keiner soziokulturell motivierten und auf die eigene Identität bezogenen Auseinandersetzung mehr stellen zu müssen, die Mittel und Wege der wahnhaften Identitätssuche, welche „das Andere [...] entwerten, vertreiben oder unterwerfen [und] die soziale Umwelt von allen kulturellen Unterschieden säubern [muss], um sich ihrer selbst gewiss sein zu können“³⁸.

Kulturelle Identität, also Identität in dem Sinne *wer das Individuum innerhalb seiner sozialen Umwelt ist* und welche ursprünglich durch einheitliche Traditionszusammenhänge sichtbar wurde, befindet sich heute in einer ständigen Diskurssituation, denn die sozialen Räume, in denen sie stattfindet, sind von Grund auf dynamisch, schon durch den sozialen Wandel bedingt, welcher unvermeidbar ist, so dass sowohl das Individuum als auch seine Bezugskollektive permanent erlebbaren Veränderungsprozessen ausgesetzt sind, welche ihrerseits abhängig von der Komplexität des Bezugsrahmens sind, in dem sie stattfinden. Die *Kultur der Moderne* als Bezugsrahmen, in dem die Unterschiede und der Umgang mit ihnen maßgeblich sind, bringt diese Veränderungsprozesse in vielfältigerer Ausprägungen hervor, als es in anderen Kulturformen der Fall ist. Sie sind ihrerseits ein Indikator dafür, wie es um die *Kultur der Moderne* bestellt ist und fordern dementsprechend den Individuen und ihren Bezugskollektiven einiges an *Aushaltenmüssen* ab. Obwohl die ursprünglichen Traditionssysteme, aus denen kulturelle Identität für Individuen und Bezugssysteme erwachsen, längst völlig neu geordnet, aufgelockert, kombiniert und virtualisiert wurden, üben gerade sie in einer komplexen modernen Kultur eine starke und hartnäckige Wirkung als mögliche Quellen individueller und kollektiver Identitätssuche aus.³⁹

„Liberalisierte kulturelle Identitätsmuster und fortgeltend starkes Identifikationsverlangen stehen in der Wirklichkeit nicht im Gegensatz zueinander. Das Problem des fundamentalistischen Identitätswahns besteht daher auch nicht in der Stärke eines Identitätsbedürfnisses, sondern im Verlangen nach substanzieller Reinheit der kulturellen Identität des jeweiligen Bezugskollektivs.“⁴⁰

³⁸ Meyer 2002, S. 43

³⁹ Vgl. Meyer 2002, S. 45

⁴⁰ Meyer 2002 S. 45

Identitätswahn beschreibt also die Übertragung des individuellen Identitätsbedürfnisses auf das eigene (oder auf alle) Bezugssysteme innerhalb des kulturellen Bezugsraums. Dieser Identitätswahn ist seit je her ein geeignetes Instrument gesellschaftspolitische Macht zu erlangen und auszuüben. Reale Probleme und Missstände lassen sich in so einer Politik daher angeblich auf einen Verfall der eigenen kulturellen Identität zurückführen, welcher aus der Präsenz und Zunahme andersartiger kultureller Identitäten entstehe⁴¹, unabhängig davon, ob diese nun von außerhalb hinzugekommen oder innerhalb einer Gesellschaft erwachsen sind. Eine solche Politik erschafft also bewusst eine Falschdarstellung realer Bedingungen, untermauert diese ebenso bewusst mit dem ausufernden und wahnhaften Identitätsproblem von Individuen, um sich anschließend wieder auf sich selbst zu beziehen und damit das wahnhafte Identitätsproblem der Individuen zu forcieren, um es letztendlich zu einem Problem aller Individuen und damit des kollektiven Bezugsrahmens, sprich der Kultur zu machen, in dem nur die politische Instanz selbst in der Lage ist, den (scheinbaren) kollektiven Identitätsverlust abzuwenden oder auszugleichen. Damit erfüllen sowohl ein wahnhaftes Identitätsbestreben beim Individuum, als auch eine bewusste Politik, die diese instrumentalisiert, das allgemeine Verständnis von Fundamentalismus, welches eine Überzeugung oder eine Geisteshaltung meint, die ihre Interpretation einer inhaltlichen Grundlage (Fundament) als einzig wahr annimmt und durch eine stark polarisierte Auslegung einer Letztbegründung umgesetzt werden soll.

1.3.4 Fundamentalismus – Eine moderne Form von Identitätswahn

Um Fundamentalismus als Form von Identitätswahn ausmachen zu können, bedarf es einer genaueren Definition des Terminus. Thomas Meyer, der sich im Zuge seiner Forschungen zu Identität, deren Ausprägungen und politischen Dimensionen auch mit dem globalen Massenphänomen des politischen Fundamentalismus auseinandergesetzt hat, schlägt folgende Variante vor:

„Fundamentalismus ist eine moderne politische Ideologie mit ethisch-religiösem, mitunter auch areligiös-weltanschaulichem Anspruch [...]. Er kombiniert auf widerspruchsvoll-pragmatische Weise Elemente der späten Moderne mit Rückgriffen auf dogmatische Bestände vormoderner Traditionen, um die von ihm als Bedrohung der eigenen Identität erfahrenen Grundlagen und

⁴¹ Vgl. Kapitel 1, S. 14

Folgen der Kultur der Moderne auf moderne Weise und mit modernen Mitteln desto wirkungsvoller bekämpfen zu können“⁴².

Im allgemeinen Verständnis und Sprachgebrauch wird Fundamentalismus gern mit etwas Reaktionärem, etwas Rückwärtsgewandtem assoziiert, vor allem hinsichtlich seiner aktuell meist religiösen Ausprägungen überall auf der Welt, welche nicht so recht in die Moderne passen möchten. Dabei ist vor allem der Aspekt der Moderne ein interessanter und entscheidender Punkt, wenn es darum geht, Fundamentalismus als identitäres Bestreben zu erkennen. Seine Modernität tritt dabei recht widersprüchlich zu Tage, in dem er versucht „in der Moderne gegen die Moderne mit modernen Mitteln zur Herrschaft zu gelangen“⁴³. Meyer folgend tritt der Fundamentalismus als politische Ideologie auf, welche in Krisen, die Modernisierungsprozesse unweigerlich mit sich bringen, eine bestimmte Ethik politisch absolut setzt und bestrebt ist, diese in politischen Grundfragen für das Gemeinwesen innerhalb, aber auch über den kulturellen Bezugsrahmen hinaus als verbindlich zu etablieren. Aus seinem Selbstverständnis erhebe sich der Anspruch, die realen Ursachen der Krisen erklären und beheben zu können, mit einer Erfolgsaussicht, welche sich entsprechend des Absolutheitsanspruchs zeigt. Seine spezifische Ausformung hänge in erheblichem Maße davon, ob die „Kränkung seiner kulturellen Identitätsansprüche selbst die generative Schlüsselerfahrung für seine Entstehung bildet oder zu (...) soziokultureller Verunsicherung, ökonomischer Misere und politischer Frustration als Interpretationsmedium nur hinzutritt“⁴⁴. Fundamentalismus kann also als Zivilisationsstil verstanden werden, dessen Grundmotivation zu einer destruktiven Verweigerung eines offenen, fairen und friedvollen Umgangs mit kulturellen Differenzen führt, welche durch einen Absolutheitsanspruch zu Tage tritt, der einen einzigen Ordnungs- und Lebensentwurf an Stelle vieler verschiedener platzieren möchte und damit alle Individuen innerhalb des sozialen Bezugsrahmens einschließt. Kulturelle Identität wird ausschließlich zum Zwecke einer Vormachtorientierung instrumentalisiert. Er tritt als kulturelle Gegenmodernisierung auf, denn er negiert Offenheit als Mittel zur Bewältigung von Differenzen und damit das Grundprinzip der *Kultur der Moderne*. Deren Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmungen führen unweigerlich zu Risiken des Orientierungsverlustes und Sinndefizits, denn sie überlässt die Wahl, Deutung und Gestaltung identitätsstiftender Angebote den Individuen und Gruppen selbst. Die dabei entstehenden

⁴² Meyer 2002, S. 47

⁴³ Ebda.

⁴⁴ Meyer 2002, S. 48

Chancen einer selbstbestimmten Entwicklung tragen keine Garantien des Gelingens in sich und stehen damit dem Anspruch und Ziel einer Politik entgegen, welche kulturelle Differenzen benutzt, um einen gesellschaftlichen Umbau hin zu einer von ihr festgelegten kollektiven und damit auch individuellen Identität durchführen zu können. Die unterstellten kulturellen Sicherheiten im Fundamentalismus präsentieren sich in dieser Situation als Ausweg, Hoffnung und Widerstand. Fundamentalistische Bestrebungen zielen exakt auf kulturell verunsicherte, identitär gekränkte oder sozioökonomisch benachteiligte Individuen und Gruppen, um mit ihnen einen Massenerfolg der Instrumentalisierung kultureller Unterschiede zu erlangen. Dabei sind die ideologischen Anführer, Organisatoren und deren mobilisierte Zielgruppe in ihrer grundlegenden Motivation voneinander abhängig, da die Versprechungen und Ziele kaum von einer Seite allein zu halten oder zu erreichen sind.⁴⁵ Ein fragwürdiger Widerspruch ergibt sich bereits aus dieser Grundkonstellation, in der eine Seite einen Herrschaftsanspruch hat, der unvermeidlich zu einem *Beherrschtwerden* der anderen Seite führt. Dieses *Beherrschtwerden* wird als Mittel zur Wiederherstellung oder Erlangung einer kulturellen Identität stilisiert und richtet sich vor allem an die Individuen, deren Identitätsverlangen wahnhaft geworden ist und dazu führt, die drohende herrschaftliche Fremdbestimmung nicht als solche wahrzunehmen. Der Fundamentalismus bedarf also zweier Grundvoraussetzungen: ideologische Stichwortgeber mit politischem Herrschaftsanspruch und Individuen und Kollektive im Identitätswahn, denen sich der Absolutheitsanspruch der herrschaftsorientierten Zielsetzung als Versprechen und Hoffnung hinsichtlich ihres Identitätswahns präsentiert. Fundamentalismus erscheint daher als moderne Form des Identitätswahns.

⁴⁵ Vgl. Meyer 2002, S. 53

2. Demokratie, Pluralismus und Interkulturalität in der Bundesrepublik Deutschland

Das wohl wesentlichste Element zur Ausbildung einer kulturellen Identität des Individuums ist die soziale Bezugsgruppe. In der Regel beginnt diese bei den unmittelbar anverwandten Mitgliedern der Familie, streckt sich über frei gewählte Gruppen von Freundschaft, Freizeitgestaltung oder Vereinstätigkeit hin zu aus Zweck und Raum entstandenen Bezugsgruppen, wie etwa in Beruf, Nachbarschaft oder Gemeinde, aber auch in Gesellschaft, Kultur, Staat und Nation. Den Ausführungen zur kulturellen Existenz und Identität aus Kapitel 1 folgend, lohnt daher ein Blick auf jene Bezugsgruppen, sowie deren Strukturierung, Geschichte und Einfluss auf das Individuum. Im Kontext dieser Arbeit, welche sich in mehrfacher Hinsicht auf Bezugsgruppen kultureller Identität bezieht, soll untersucht werden, ob es sich bei dem in der pluralistischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland (Bezugsgruppe 1) aktuell aktiven selbsternannten Bürgerbewegung PEGIDA (Bezugsgruppe 2) um ein Phänomen kultureller Identitätssuche handelt. Demnach sollen beide Bezugsgruppen nachfolgend jeweils für sich, aber auch im unmittelbaren Bezug zu einander betrachtet werden. Dementsprechend wirft das aktuelle Kapitel 2 einen Blick auf die Demokratieentwicklung in Deutschland nach 1945, betrachtet den Pluralismus als Demokratietheorie, die Einwanderungssituation in der BRD sowie die Schwierigkeit einer kulturellen Identitätsfindung innerhalb dieser Gesellschaft.

2.1 Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

Der Weg zur Demokratie, den die Bundesrepublik Deutschland bis heute gehen musste, darf wohl als schwierig bezeichnet werden. Der erste Versuch lässt sich am Niedergang der konstitutionellen Monarchie der Weimarer Republik am Ende des Ersten Weltkriegs verorten. Dieser erste Anlauf dauerte allerdings nur 14 Jahre und war damit viel zu kurz, um das Land und seine Menschen vollends zu demokratisieren und erst Recht, um die nationalsozialistische Diktatur, welche 1933 ihre 12 Jahre andauernde und für die Demokratie in Deutschland verheerende Rückschläge mit sich bringende Regierungszeit beginnen sollte, aufzuhalten. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der begonnenen Besatzungszeit, gabelte sich der Weg für nahezu ein weiteres halbes Jahrhundert. Während in der sowjetischen Besatzungszone ein von den Bestrebungen der SED getriebener diktatorischer Sozialismus errichtet wurde, forcierten die Administratoren der Westzone eine Liberalisierung, welche den Grundstein für eine föderative und verfassungsstaatliche Demokratie legen sollte. Die daraus resultierende

Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 markiert den zweiten Anlauf eine Demokratisierung Deutschlands, welcher mit der Wiedervereinigung 41 Jahre später komplettiert wurde.

Die Demokratie in Deutschland gründet auf einer Repräsentativverfassung mit allgemeinem, freiem und gleichem Wahlrecht für alle Bürger ab dem 18. Lebensjahr. Die Repräsentanten sind verfassungsrechtlich anerkannte politische Parteien. Die Verfassungsurkunde, welche als Grundgesetz bezeichnet wird, beinhaltet die Grundrechte und regelt die Strukturierung des Staates durch Gewaltenteilung und stellt die Weichen für das parlamentarische Regierungssystem. Das Konzept der Repräsentativverfassung wurde in den verfassungsgebenden Prozessen, die das Grundgesetz als Ergebnis haben sollten, bewusst als Alternativmodell zur Direktdemokratie gewählt, da diese nach damaliger Auffassung, besonders störanfällig und stabilitätsbedrohend, sowie als besonderer Nährboden der Demagogie galt. Außerdem sollte diese Verfassungsform den in der Vergangenheit zu Zeiten der Weimarer Reichsverfassung entstandenen *Semipräsidentialismus* verhindern. Die Konstrukteure des Grundgesetzes hatten also grundlegende Sicherheitsmechanismen eingebaut, die durch ergänzende Selbstverteidigungsinstrumente, wie das Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen und die Beschneidung von Grundrechten von Verfassungsgegnern, die Demokratie stabilisieren sollten. Auch hier unterschied sich die Demokratieauffassung deutlich von der Weimarer Republik, in der auch Toleranz für Demokratiegegner gewahrt wurde. So ergab sich nach Kriegsende ein Grundgesetz, welches einerseits die Demokratie als verfassungsstaatliche Grundlage festlegt, auf der anderen Seite aber die „Volksherrschaft“ nachhaltig eingrenzt. Die konstitutionelle Demokratie, welche demokratische Prozesse durch Grundrechte, Rechtsstaat, Bundesstaat, konstitutionelle Gewaltenteilung und Souveränitätstransfers organisiert, ist daher genau genommen eine Hybris aus Mehrheits- und Konkordanzdemokratie. Die Mehrheitsdemokratie äußert sich in der Konfliktregelung nach dem Mehrheitsprinzip und zeigt sich in der BRD besonders im Parteienwettbewerb. Die Konkordanzdemokratie hingegen, welche eine Konfliktregelung durch Kompromisse auf dem Verhandlungsweg anstrebt, zeigt sich primär im System von Bund und Ländern und den dort immanenten Prozessen zur Willensbildung. Auch die Zustimmungshürden für Grundgesetzänderungen durch die Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat entsprechen dieser Demokratieform.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. Schmidt 2012

Besonders günstig für die Entwicklung der Demokratie in der BRD war das hohe Wirtschaftswachstum der 1950er und 1960er Jahre, welches neben einer der damaligen Sozialpolitik geschuldeten Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards zu einer öffentlichen Daseinsvorsorge führte, welche dem Grundgesetz und seiner in einem Sozialstaat mündenden Menschen- und Sozialrechtsordnung Folge leistete. Die Stabilität des bundesrepublikanischen Regierungssystems wurde durch einige grundsätzliche Strukturen begünstigt: das politische System schuf nicht nur Regierungen, es band auch die parlamentarischen Oppositionen in die Staatsorganisation mit ein und entschärfte so potentiell gefährliche Spannungen zwischen den politischen Lagern. Damit wurde außerdem eine Stärkung des Basiskonsenses zwischen den Führungspersonen der demokratischen Parteien erreicht. Auch die bewusste Schwächung antidemokratischer Oppositionsgruppen sowie die Entschärfung soziokultureller Konflikte, wie etwa zwischen Konfessionen oder Arbeit und Kapital, welche zu Zeiten der Weimarer Republik noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen der Akteure führten, waren für eine rasche und konstante Entwicklung der Demokratie förderlich. Ebenso erfüllte die Bundesrepublik schon früh wesentliche Bedingungen, die in der Politikwissenschaft für die Aufrechterhaltung demokratischer Systeme Voraussetzung sind, wozu beispielweise eine breite Streuung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Machtressourcen, die Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit, der Trennung von Staat und Kirche und dem damit einhergehenden hohen Maß an Säkularisierung, sowie ein internationales Umfeld demokratischer Partner und Nachbarn zählen. Im globalen Vergleich gehört die BRD neben den nordamerikanischen und westeuropäischen Staaten, sowie Japan und Australien zu den politisch und sozial stabilsten konstitutionellen Demokratien. Begünstigende Umstände dafür waren vor allem die Förderung der Demokratisierung durch die Besatzungsmächte sowie die vollständige Diskreditierung des NS-Regimes, aber auch das abschreckende Beispiel des Sozialismus der DDR in unmittelbarer Nachbarschaft. Auch die Chance, an den inter- und supranationalen Organisationen wie NATO und EU mitzuwirken, erlaubten es der Bundesrepublik bis heute eine stabile, demokratische Republik zu sein.⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Schmidt 2012

2.2 Pluralismus als Demokratietheorie

Der Erfolg der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich unter anderem in hohem Maße auf die Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit zurückführen. Sowohl das Grundgesetz, als auch die aus ihm hervorgehenden Strukturen in Politik und Gesellschaft, basieren auf der grundlegenden Idee einer pluralistischen Meinungs- und Willensbildung. Das wesentliche Merkmal der *Kultur der Moderne* ist der Umgang mit den vielfältigen soziokulturellen Unterschieden der Individuen und Gruppen innerhalb einer Gesellschaft⁴⁸, daher bieten sich einer derartigen Kultur keine anderen Möglichkeiten, als politische Strukturen zu schaffen und zu erhalten, welche diesen überhaupt ermöglichen. Der aus der politischen Theorie stammende Begriff des Pluralismus kennzeichnet diese moderne Lebenswelt in den hochindustrialisierten Gesellschaften der westlichen OECD-Länder und gilt als Leitbild der Legitimität moderner Demokratien, welches auf ein freies politisches und gesellschaftliches Zusammenleben unter liberalen Grundrechten, aber unter Ausschluss jeglicher rassistischer, geschlechtlichen und politischen Diskriminierung abzielt. Der Begriff lässt sich auf die Gruppenpluralismus-Theorie aus den 1950er Jahren zurückführen, welche bereits im Kontext der damaligen Forschung David B. Trumans zum Ablauf der Politik in den USA, die Überzeugung zu Grunde legte, „dass grundsätzlich alle Interessen artikuliert und organisiert werden können und somit ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen [...] erreichbar ist“⁴⁹. Als Gegenstück zu autoritären oder totalitären Systemen und Herrschaftsordnungen, aber auch zu Klassengesellschaften, zeichnet sich ein pluralistisches politisches System stets durch eine von Rechten und institutionellen Kontrollen bewirkte Zügelung der Regierenden, sowie durch ein hohes Maß an Autonomie ihrer Bürger und Verbände aus. Freie Meinungsbildung und Willensäußerung sowie eine Streuung der Machtressourcen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft treten überdies als favorisierte Eigenschaften hervor.⁵⁰

Die pluralistische Demokratietheorie teilt mit der klassisch liberalen Theorie einer repräsentativen Demokratie zwei wesentliche Ziele: zum einen soll jegliche Form autoritärer und totalitärer Herrschaft verhindert werden, auf der anderen Seite soll auch die demokratisch gewählte Exekutive in ihrer Legislative gezügelt werden, wodurch sie sich eben nicht nur von sämtlichen Theorien zu autoritären und totalen Staatsformen unterscheidet,

⁴⁸ Vgl. Kapitel 1, S. 14

⁴⁹ Schmidt 2010, S. 210

⁵⁰ Vgl. Schmidt 2010, S. 211

sondern auch von den Demokratietheorien, in denen Bildung und die Durchsetzung eines möglichst homogenen Volkswillens im Vordergrund stehen, wie etwa die Volkssouveränitätslehre, welche Jean-Jacques Rousseau formulierte. Die Vertreter einer pluralistischen Demokratieform befürworten daher die Repräsentativverfassung, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland in Form des Grundgesetzes vorliegt. Ebenso wie die Architekten des Grundgesetzes, lehnen sie die unmittelbare bzw. direkte Demokratie durch Volksversammlungen ab und folgen stattdessen dem Ideal der „Repräsentation der Wähler durch verantwortliche Repräsentanten“⁵¹. Darüber hinaus kritisieren Vertreter des demokratischen Pluralismus die Idee vorbestimmter sozialer Klassen, wie etwa das Bürgertum oder die Arbeiterbewegung und deren angenommene maßgebliche Demokratiewirksamkeit. Maßgeblich sind für sie hingegen die Vielgliedrigkeit von Politik und Sozialstruktur, sowie eine freie, faire, transparente, wettbewerbsmäßige Willensbildung und Entscheidungsfindung.⁵² Für Pluralisten gilt das Prinzip der Vielfalt anstelle der Einfachheit. Keine politische oder religiöse Instanz darf demnach in der Lage sein, allen anderen Individuen und Gruppen ihre Überzeugungen aufzuzwingen und damit die prinzipielle Offenheit der pluralistischen Demokratie zu gefährden.

2.3 Die Bundesrepublik Deutschland – das spät erkannte Einwanderungsland

Wie kaum ein anderes Land in Europa hat Deutschland Wellen der Aus- und Einwanderung erlebt. Der enorme Arbeitskräftebedarf der wachsenden Industrialisierung könnte bereits im 19. Jahrhundert nur mit Hilfe ausländischer Arbeiter abgedeckt werden, damals vorwiegend aus Italien und dem südöstlichen Europa. Auch viele der während des Zweiten Weltkrieges zwangsweise nach Deutschland gebrachten Arbeiter konnten nach Kriegsende durch eine fortschreitende Restabilisierung der Sozialstrukturen und dank einer zunehmenden Wirtschaftsleistung erfolgreich in die neue deutsche Gesellschaft integriert werden. Die 3 Millionen Migranten der ehemaligen DDR waren zwar keine Fremden in herkömmlichen Sinnverständnis, mussten allerdings auf ähnliche Art und Weise wie Migranten die neuen gesellschaftlich-kulturellen Rahmenbedingungen der westlichen BRD erlernen. Für die Gegenwart maßgebliche Zuwanderungen erfolgten in der Nachkriegszeit. Zwischen 1955 und 1966 wurden Anwerbeabkommen mit zahlreichen Staaten des europäischen und

⁵¹Neumann 1986, S. 133

⁵²Vgl. Schmidt 2010, S. 212

außereuropäischen Auslands geschlossen, unter anderem mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Tunesien und Jugoslawien.⁵³ Erst die Wirtschaftskrise im Jahr 1973 brachte neue Regelungen im Zuwanderungsgesetz und führte zu einem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 2,5 Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen.⁵⁴ Diese *Gastarbeiter* waren die Gruppe, die maßgeblich für den Aufstieg der deutschstämmigen Arbeiterschaft in die Mittelschicht aufkommen musste, was in der fast ausschließlichen Besetzung der untersten Positionen in der Tätigkeitshierarchie, einem beschränktem Bleiberechte, gesonderten und oftmals unangemessenen Wohnsituationen und dem damals zwar verabschiedeten aber kaum angewandtem Rotationsprinzip, welches die *Gastarbeit* auf ein Jahr bis zur Heimkehr befristet steuern sollte, seinen Ausdruck fand. Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden stattdessen von den Behörden still und umstandslos verlängert. Eine Integration war dennoch nicht vorgesehen, man ging weiterhin von der Rückkehr in die Herkunftsländer aus. Geografische Hauptanlaufpunkte der Zuwanderer waren die urbanen Zentren und Industriestandorte in der BRD, hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern. Entsprechend ihrer beruflichen Stellungen als *Gastarbeiter* gliederten sich die meisten Zuwanderer in den unteren Ebenen der Sozialstruktur ein. Erst die nachfolgenden Generationen realisierten einen beachtlichen sozialen Aufstieg durch das Erreichen qualifizierter Abschlüsse oder innerhalb des selbstständigen Mittelstands. Der Verbleib der Gastarbeiter, der unweigerlich zu einem Schulbesuch ausländischer, des Deutschen nicht mächtiger Schulkinder führte, schufen für Bund und Länder einen dringenden Handlungsbedarf. Die Integrationspolitik der Bundesregierung bestand in einem Abwehrreflex gegenüber den real gewordenen Anforderungen und zeigte sich durch eine stetige Betonung der Rückkehroption, sowie in Verschärfungen der Regelungen für den Familiennachzug. 1977 entstanden unter der Regierung Schmidt neue Richtlinien für die Ausländerpolitik, welche einerseits von der wirtschaftlichen Notwendigkeit weiterer Zuwanderungen, andererseits aber vom Diktum „Deutschland sei kein Einwanderungsland!“ geprägt waren. Integrationsbemühungen und die Sicherung der Rechte der Zuwanderer standen hinter der Förderung der Rückkehrbereitschaft. Diese undefinierte und unzureichende Ambivalenz im politischen Umgang mit Zuwanderern sollte bis zum Ende der Regierung Helmut Kohls

⁵³Vgl. Ghadban 2003, S. 30

⁵⁴Vgl. Hejazi 2009, S. 250

andauern. Die zu dieser Zeit geforderte Anerkennung des Status als Einwanderungsland wurde zwar von der Regierungskoalition umgesetzt, aber ungenügend und eher im Hinblick auf einen Regierungswechsel, als auf Grund real existierender Notwendigkeit. Den Zuwanderern stelle man Rückkehr oder Assimilation zur Wahl. Der politische Diskurs, der sich nach der Wiedervereinigung zwischen Fronten konservativ-bürgerlicher und links-alternativer, liberaler Milieus vollzog, rang auch um Fragen nationaler und kollektiver Identitätsmuster und den Möglichkeiten transnationaler Identifikationen, welche mit liberalem bzw. pluralistischem Multikulturalismus verbunden waren.⁵⁵

Mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes am 1. Januar 2000 wurde das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz *ius sanguinis* von 1913, welches in der Demokratiegeschichte der BRD stets bezeichnend für den Umgang der Deutschen mit Heterogenität und Fremdheit und dementsprechend dem rechtlichen, alltäglichen aber auch semantischen Umgang, mit einer steten Betonung und Differenzierung zum Fremden sein sollte, zugunsten des neuen *ius soli* überwunden, welches von dort an allen Kindern ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt und bei einer mindestens 8 Jahre andauernden Lebenssituation der Eltern in Deutschland zuschreiben sollte. Damit haben sich für Einbürgerungswillige einige wesentliche Erleichterungen ergeben. Sie können bereits nach 8 Jahren rechtmäßigen Aufenthalts einen Einbürgerungsanspruch geltend machen.⁵⁶

Im Jahr 2005 trat ein neues Zuwanderungsgesetz, durch welches sich Deutschland faktisch zu einem Einwanderungsland erklärte, in Kraft. Integration wurde dabei als gesetzliche Aufgabe deklariert, das Gesetz sollte zudem bestehende Verfahren weiter vereinfachen. 2007 wurde das Zuwanderungsgesetz auf Grund von EU-Richtlinien geändert, welches wiederum Neuerung zum Status von „Geduldeten“ und dem Nachzug von EhepartnerInnen mit sich brachte. Seit 2008 gilt ein 33 Fragen umfassender Einbürgerungstest, in dem 17 Fragen korrekt beantwortet werden müssen, um eine deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Der Test ist als Integrationshilfe gedacht, da er sich mit wesentlichen Aspekten der deutschen Sprache, Geschichte, Gesellschaft, Gesetz und Kultur auseinandersetzt. Die Anzahl der Migrationen nimmt seitdem zu. 2013 wiesen ca. 20 Prozent der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund auf, auch wenn dieser Terminus nach wie vor als statistisch unzureichend diskutiert wird. Im selben Jahr kamen 1,2 Millionen Menschen nach

⁵⁵ Vgl. Hejazi 2009, S. 252

⁵⁶ Vgl. ebda.

Deutschland, während ca. 800.000 abwanderten. 62 Prozent der Zuzüge erfolgten aus dem EU-Raum, das häufigste Herkunftsland war Polen. 2012 wurde die Blue Card ins Leben gerufen, welche hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem außereuropäischen Ausland einfacher nach Deutschland bringen soll. Auch die Zahl der Asylanstragsstellenden steigt an. Zwischen 2012 und 2013 gab es einen Anstieg von 70 Prozent, im darauffolgenden Jahr nochmals um 60 Prozent. Seit 2015 erlebt Deutschland einen neuen Anstieg, als dessen Hauptursache der Krieg in Syrien und die mit ihm verbundenen Folgen für die Nachbarländer angesehen werden muss. Im Vergleich zum Libanon oder der Türkei, welche als Nachbarstaaten Hauptasylziele der Menschen sind, bietet Deutschland vergleichsweise wenigen Menschen einen legalen Asylstatus.⁵⁷

2.4 Die schwierige Suche einer deutschen Identität

Deutschland ist wohl auf Grund seiner unstillen und ereignisreichen Geschichte, seines schwierigen Weges durch Jahrhunderte der Teilung und Veränderung, durch Kriege und Selbstfindung hin zu einer modernen demokratischen Industrienation kein besonders geeigneter Identitätsstifter. Wenngleich sich nationale Identität durch die Epochen hindurch immer als probates Mittel der Herrschenden anbot, die Menschen in ihrem Herrschaftsbereich zu binden, konnte sich das deutsche Nationalgefühl erstmals in dem von Bismarck geschaffenen Reich mit einem Staatsgebilde verbinden. Die alte Kulturnation war auf dem Weg sich zu einer zivilisierten Staatsnation zu entwickeln, was in den Jahren darauf durch das Versagen der Eliten aus Politik und Gesellschaft verhindert wurde. Trotz kulturell bedeutsamer Leistungen konnte sich das deutsche Nationalbewusstsein, anders als in europäischen Staaten wie Frankreich, England oder Dänemark aus keinen nationalen Erzählungen speisen, auch bürgerliche Revolutionen oder republikanische Werte gab es nicht. Erst mit dem Erreichen des Nationalstaates und der damit einhergehenden wachsenden Wirtschaftsleistung und dessen Leistungsfähigkeit und Potenzial kam erstmals etwas wie Stolz und damit ein Schritt in Richtung Identifikation auf, an dem die Individuen, vor allem die untersten sozialen Schichten, welche die Wirtschaftssteigerung maßgeblich mitbewirkten hatten, partizipieren konnten.⁵⁸

⁵⁷ Vgl. Migrationsgeschichte in Deutschland 2016

⁵⁸ Vgl. Hejazi 2009, S. 240f.

Anders, als die auf Ideen und Idealen gegründete französische Nation oder das dem individualistischen Liberalismus traditionell anhängende Britannien, verstand sich die Nation unter Bismarck, vor allem im Bürgertum, als Volk, als Kollektiv mit eigenem Wesen. Der Nationalstaat wurde indes ganz in Tradition der alten Reichsidee und des alten Kriegeradels von oben herab realisiert, was zu einer weiteren Verschärfung des ohnehin schon tiefen sozialen Zerwürfnisses zwischen Adel und Bürgertum führen sollte. Diese Spannungen verhinderten, dass ein bürgerlicher Geist in die politische Führung einziehen konnte, und damit Kultur- und Bildungsbeflissenheit, Erwerbsstreben und Erfindergeist. Anders als in Frankreich und England, wo Adel und Bürgertum neue Eliten herausbildeten, die Humanismus und Aufklärung maßgeblich vorantrieben, blieben dem deutschen Adel und großen Teilen des Bürgertums auf Grund festgefahrener Führungsvorstellungen und Abgeschlossenheit, diese fortschrittlichen Strukturen fremd. Das deutsche Nationalbewusstsein dieser Zeit gründete sich also primär auf die Kultur, die inneren Werte des *deutschen Wesens*, auf die Kultiviertheit der Persönlichkeit einiger weniger Gruppen bürgerlicher Intelligenz und damit auch nicht auf einem breiten gesellschaftlichen staatsbürgerlichen Konsens. Der deutsche Soziologe Norbert Elias beschreibt jenes *deutsche Wesen* in seinem Hauptwerk über den Prozess der Zivilisation wie folgt: Das Selbstbewusstsein des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert lag ihm nach in der Bildung des Einzelnen, in seiner Persönlichkeit und nicht in der Gestaltung der Welt.⁵⁹ Daher gründeten sich auch die Ideale des Bürgertums als soziale Antithese zum Habitus des alten Adels in Deutschland eben nicht auf wirtschaftliche und soziale Macht:

„Mit dem langsamen Aufstieg des deutschen Bürgertums aus einer zweitrangigen Schicht zum Träger des deutschen Nationalbewusstseins und schließlich [...] zur herrschenden Schicht, aus einer Schicht, die sich zunächst vorwiegend in der Abhebung gegen die [...] Oberschicht, dann vorwiegend in der Abgrenzung gegen konkurrierende Nationen [...] legitimieren musste, änderte [sich] auch die Antithese, Kultur und Zivilisation‘ [...] ihren Sinn und ihre Funktion: Aus einer vorwiegend sozialen wird eine vorwiegend nationale Antithese“⁶⁰.

Die Folgen diese Transformation sollten das deutsche Nationalgefühl und seine identitätsstiftenden Potenziale nachhaltig verändern. Der nach 1900 völlig übersteigerte Nationalismus diente noch vor der Kompensation der im Vergleich mit den Weltmächten eher unbedeutenden Machtposition des Reiches primär zur Überbrückung tiefer sozialer Gräben

⁵⁹ Vgl. Elias 1997, S. 120

⁶⁰ Elias 1997, S. 126

im Gesellschaftssystem, von konservativen und reaktionären Kreisen propagiert und in weiten Teilen des Bürgertums fest verankert. Der renommierte deutsche Historiker Heinrich August Winkler fasst die damaligen Begebenheiten zusammen: „Um die Jahrhundertewende stand im bürgerlichen und namentlich im evangelischen Deutschland eine deutliche Mehrheit hinter allem, was als ‚vaterländisch‘, ‚national‘ und der deutschen ‚Weltgeltung‘ förderlich galt“⁶¹. Die innergesellschaftlichen Konflikte zwischen Herrschenden und auf politisch-soziale Teilhabe drängenden Schichten sollte bis 1945 bestehen und wurde bis dahin konsequent von der Strategie getragen, eine Einheit zwischen Volk und Nation durch einen übersteigerten Nationalismus zu bewahren. Dementsprechend standen die Menschen in Deutschland nach Kriegsende sowohl vor den Trümmern ihres Landes, als auch ihrer kollektiven Identität. Die Vernichtung der europäischen Juden und die Verwüstung Europas ließen es nicht mehr zu, in irgendeiner Weise Nationalstolz auszudrücken, denn es gab zu dieser Zeit nichts Positives, was man mit Deutschland in Verbindung hätte bringen können. Dieser uneingeschränkt negative Bezugspunkt sollte für das deutsche Selbstverständnis und die Politik in der jungen Bundesrepublik maßgeblich werden. Konrad Adenauers Verzicht auf ein deklariertes Selbstbild und die vollständige Überführung Westdeutschlands in die auf Internationalismus gebaute westliche Staatengemeinschaft war daher logisch und konsequent. Fragen nach der Identität der Bundesrepublik konnte die Politik dennoch nicht klar beantworten. Die Einheit der Nation galt trotz Teilung; das Verhältnis der Bevölkerung musste unbestimmt bleiben, da man in den Anfangsjahren die politische Situation Deutschlands noch als Provisorium nach dem Krieg ansah.⁶² Auch wussten die Verantwortlichen, dass sich sozialisatorische Prägungen nicht von heute auf morgen ablegen lassen würden und eine Identifikation mit dem untergegangenen Reich noch Jahre überdauern sollte. Dem sollte von offizieller Seite aus in öffentlicher Kommunikation, aber auch im Umgang mit internationalen Beziehungen eine Anpassung des Sprachgestus entgegenwirken. Dabei waren die Möglichkeiten, sich öffentlich positiv über Deutschland zu äußern ohne zeitgleich einen Bezug zu den Naziverbrechen herzustellen, sehr begrenzt. Vielmehr galt ein Pragmatismus im alltäglichen Nachkriegsüberleben, der sich auf Tugenden wie Fleiß, Ordnung und Disziplin stütze, als adäquater Weg, positiv zu wirken.⁶³

⁶¹ Winkler 2002, S. 276

⁶² Vgl. Hejazi 2009, S. 242f.

⁶³ Vgl. ebda.

Diese deutsche Geschichte seit Begründung des Nationalstaates gibt einen Hinweis darauf, weshalb viele Menschen in Deutschland ein ambivalentes Selbstbild entwickelten. Wirtschaftlicher Wohlstand, Demokratie, soziale Absicherung, Alltagskultur (Ordnung, Pünktlichkeit etc.), aber auch Hochkultur in Musik, Literatur und Sprache, stehen dabei Gefühlen von Scham und Schuld hinsichtlich der allgegenwärtigen Erinnerungskultur an die NS-Zeit gegenüber und reichen doch nicht aus, sich positiv mit Deutschland zu identifizieren. Die kollektive Identität sollte durch einen Generationskonflikt zwischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration weiterhin in einer Krise stecken. Der Bundesregierung warf man mangelhafte Vergangenheitsbewältigung und die Förderung von gesellschaftlichen Strukturen welche den Faschismus begünstigen würden vor, woraus eine teilweise extreme Ablehnung des Staates und *des Deutschen* im Allgemeinen Einzug in die jungen Generationen hielt.⁶⁴

2.5 Teilung, Wiedervereinigung und die Debatte um die „deutsche Leitkultur“

Die wie beschrieben ohnehin schwierige Konstruktion einer einheitlichen Identität der Deutschen wurde durch die Teilung weiter erschwert. Dies zeigte sich besonders nach der Wiedervereinigung, mit der sich die staatliche Repräsentation auf kulturelle Lebenswelten ausbreitete, die lange Zeit keine gemeinsame Erfahrungsgemeinschaft hervorgebracht hatten und sich in Bezug auf die gemeinsame Geschichte von 1945 durch unterschiedlichste Interpretationen auszeichnete. So wurde mit Hilfe des antifaschistischen Gründungsmythos und dem Programm zur Entnazifizierung in der DDR schnell mit der Vergangenheit abgeschlossen, gab man doch dem kapitalistischen System und seinen Akteuren die Schuld an der Katastrophe, welche ihrerseits aber in der DDR keinen Platz haben sollten.⁶⁵ Aber auch in Westdeutschland hatte die Teilstaatlichkeit einen großen Einfluss auf Bevölkerung und Politik, welche die Wiedervereinigung mehrheitlich nur als territoriale Erweiterung der BRD und ihres Gesellschaftsmodells begriffen und, dass sich Kultur und Mentalität des westlichen Systems auf die neuen Bundesländer übertragen und das Leben in den alten Ländern wie gewohnt unverändert weiter gehen würde.⁶⁶ Doch die neuen Anforderungen zeigten schnell den gesellschaftlichen Reformbedarf, die Globalisierung drang ins öffentliche Bewusstsein und entfachte damit einen neuen gesellschaftspolitischen Diskurs, der vor allem von den

⁶⁴ Vgl. Weidenfeld 2001, S. 36ff.

⁶⁵ Vgl. ebda.

⁶⁶ Vgl. Lepenies 1992, S. 25ff.

Massenmedien mitgetragen wurde. Das neoliberale System führte unweigerlich zu Transformationsprozessen, welche eine Suche nach einem neuen gemeinsamen Selbstbild nur bestärkten, wenngleich auch diese Suche von den bereits bekannten Schwierigkeiten gekennzeichnet sein sollte. Die Wiedervereinigung konnte keine Identität stiften, zu sehr unterschieden sich die Erfahrungs- und Bewertungsweisen. Eine ostdeutsche Teilidentität konnte auf Grund der gesellschaftspolitischen Veränderungen ebenso wenig Bestand haben. Die NS-Vergangenheit wurde zu dieser Zeit ebenfalls in erweiterten Kontexten betrachtet, was zu einer allmählichen Auflösung des einst gespaltenen Geschichtsbewusstseins führte und damit zeitgleich zu einer neuen Selbstwahrnehmung jener gemeinsamen Geschichten, für dessen Verständnis sich Ost- und Westbevölkerung gleichsam öffnen mussten.⁶⁷

Zu einer neuen Identität sollten diese Bemühungen jedoch nicht führen. Zu tief schienen die Erinnerungen und die aus ihnen erwachsene Skepsis gegenüber jeglicher nationalen Erzählung und Ideologie zu sein, als dass sich daraus ein gemeinsames Bewusstsein formen könnte. Auch wenn sich am Ende der 1990er Jahre die öffentliche Diskussion über Zuwanderung liberalisiert hat, tragen breite Teile der Bevölkerung, aber auch politische Vertreter die alten Anschauungen und Ängste bezüglich einer möglichen Überfremdung und dem daraus resultierenden Verlust der deutschen Leitkultur weiterhin in die Gegenwart. Die Debatten um Migration, Einwanderungsgesellschaft und Leitkultur, welche sich aktuell durch die Flüchtlingsbewegungen als Ergebnis des Krieges in Syrien in die Bundesrepublik fortsetzen, müssen wohl als Auseinandersetzung mit sich selbst bzw. als Selbstvergewisserung interpretiert werden, aber zeitgleich auch als Anerkennung des neuen Status als offenes, pluralistisches Einwanderungsland. Die Einsicht über die Notwendigkeit von Zuwanderung und ein sich damit auch veränderter Sprachgebrauch diesbezüglich sind jedenfalls substantiell in der breiten Gesellschaft angekommen. Allerdings gereicht auch dieser Umstand nicht, um Fragen der deutschen Identität zu klären, zumal die aktuelle Leitkulturdebatte als Reaktion auf einen islamistischen Fundamentalismus und den Bezug auf die in Deutschland lebende muslimische Minderheit, die Bemühungen ein zeitgemäßes Bild einer modernen deutschen Gesellschaft zu entwickeln, erneut behindert. Gegenteilig führt diese Debatte aktuell zu einem Erstarren national-konservativer Gruppen, welche kulturelle Unterschiede instrumentalisieren, die pluralistische Realität in Frage stellen und bestrebt sind eine kollektive deutsche Identität zu erschaffen. Damit rückt die Frage, wer die Deutschen *nicht*

⁶⁷ Vgl. Hejazi 2009, S. 243 ff.

sind und sein wollen unweigerlich in den Mittelpunkt aktueller Diskurse zur kulturellen Identität der Deutschen. Eine der in diesem Zusammenhang bekanntesten Gruppierungen ist PEGIDA („*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*“), welche 2014 in Dresden erstmalig öffentlich in Erscheinung trat. Eine Betrachtung dieser Gruppierung, ihrer Ziele, kommunikativen Mittel und Forderungen, sowie eine Analyse hinsichtlich Motiven kultureller Identitätssuche sollen Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen sein.

3. PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

Seit dem 20. Oktober 2014 veranstaltet der Verein PEGIDA Demonstrationen in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Die ursprünglich als kleine unter Freunden gestartete Gruppierung, erreichte schnell ein hohes Maß an medialer Aufmerksamkeit, welche weit über Dresden, Deutschland und Europa hinausging. Zum Teil heftige Reaktionen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft waren schnell stete Begleiter der montäglichen *Spaziergänge*, die seit Beginn zunehmend durch islam- und asylkritisches, aber auch ausländer- und fremdenfeindliches Auftreten für Aufsehen sorgte. Obwohl die Gruppierung ihren Ursprung in Dresden hat, versteht sie sich nach wie vor als Teil einer deutschen und europäischen Sammelbewegung. So entstanden in vielen deutschen und auch in einigen europäischen Städten Ableger, welche in der Regel unter einem leicht variierten Namens Kürzel (z. B. „LEGIDA“) in die Öffentlichkeit traten.

Im Folgenden wird versucht die Entstehung und Entwicklung der Bewegung nachzuvollziehen und einen Überblick über deren Inhalte und Positionen zu geben. Grundlage dafür ist neben Primärquellen aus der medialen Selbstdarstellung PEGIDAS hauptsächlich das Ende 2015 erschienene Werk „*PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*“ von Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller der TU Dresden, welches sich seinerseits auf die Durchführung eigener empirischer Erhebungen in Kombination mit Langzeitstudien von Bund und Ländern stützt und erstmalig einen wissenschaftlichen Überblick zu PEGIDA bis 2015 gibt.

3.1 Entstehung, Entwicklung und Organisationsstruktur

Der Verein der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) ging aus einer privaten, öffentlich nicht sichtbaren Facebook-Nutzergruppe aus dem Jahr 2014 hervor. Die späteren Organisatoren der Demonstrationen in Dresden diskutierten und planten dort ihre Initiative und deren Inhalte. Die Namensgebung spielte dabei von Beginn an eine Rolle, war man sich doch bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der aus ihr hervorgehenden Außenwirkung bewusst. Die letztendlich gewählte Variante der *patriotischen Europäer*, welche vor *friedliebenden* und *nationalen* Europäern den Vorzug bekam, sollte einen Ursprung der Bewegung aus der bürgerlichen Mitte suggerieren.⁶⁸

Die Initiatoren um den Werbeunternehmer Lutz Bachmann gaben als Gründungsmotiv Demonstrationen und Auseinandersetzungen von PKK-Anhängern in Dresden, Celle und Hamburg an, welche die Gruppe dazu bewogen hätten, zu öffentlichen Protesten aufrufen zu müssen.⁶⁹ Befördert wurde die Gruppe durch die bereits im Herbst 2014 entstandenen Fragen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Dresden und Umgebung. Sowohl Dresden, als auch andere Gemeinden in Sachsen entwickelten bereits im Sommer 2014 Konzepte für die Unterbringung der nach damaligen Prognosen zu erwartenden angestiegenen Anzahl von Flüchtlingen, wobei vor allem die Absicht Asylbewerber zentral unterzubringen für große Kritik sorgte. Die nachfolgenden Ereignisse in diesem Kontext führten bei PEGIDA zur Entscheidung, wieder auf die Straße zu gehen. Unter dem letztlich gefundenen Namen mobilisierte die Gruppierung schnell tausende Demonstrationsteilnehmer. Der erste öffentliche Aufruf zur Demonstration, welche durch die PEGIDA-Initiatoren über das Netzwerk Facebook verteilt wurde, erfolgte am 20.10.2014. In den darauffolgenden Wochen stiegen die Teilnehmerzahlen schnell an und bereits Mitte November 2014 fanden sich auch in anderen deutschen Städten Ableger unter dem Label *PEGIDA* für Demonstrationen zusammen. Ende 2014 folgten internationale Nachahmer in Österreich, Großbritannien, Spanien, Polen, den Niederlanden und Australien. Am erfolgreichsten sollte die Bewegung allerdings an ihrem Ursprung in Dresden sein. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die Demonstrationen mit ca. 25.000 Teilnehmern am 12.01.2015.⁷⁰

⁶⁸ Vgl. Popp, Wassermann 2015

⁶⁹ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 5f.

⁷⁰ Vgl. ebda. S. 8

Danach ließ sich ein deutlicher Rückgang der Zahlen beobachten, welcher nur punktuell, beispielsweise durch den Besuch des niederländischen Politikers Geert Wilders im April 2015, unterbrochen wurde und bis heute im Bereich einiger tausend Teilnehmer liegt.⁷¹

Die Gruppe PEGIDA wurde 2014 von zwölf Personen gegründet, welche als Organisationsteam bis Ende 2015 gemeinsam aktiv war. Innerhalb dieses Teams wurden Fragen nach der inhaltlichen Ausrichtung, dem öffentlichen Auftreten, sowie Entscheidungen rund um die Abläufe der wöchentlichen Demonstrationen und den Umgang mit Öffentlichkeit, Politik und Medien getroffen. Soziodemographisch betrachtet setzte sich die Gruppe aus Personen im Alter zwischen 37 und 55 Jahren zusammen, welche mehrheitlich beruflich als Kleinunternehmer im Dienstleistungsgewerbe tätig waren. Innerhalb der Gruppe gab es zwei weibliche und zehn männliche Protagonisten. Drei der Personen waren vor PEGIDA für politische Parteien aktiv, ein Teil der Gruppe war mit der Partyszene sowie mit den Unterstützerszenen von Fußball und Eishockey in Dresden beruflich verbunden.⁷²

Im Dezember 2014 gründeten Mitglieder der bisher privaten Gruppierung einen eingetragenen Verein, in dem Lutz Bachmann den Vorsitz übernahm. Im März 2015 wurde zusätzlich der PEGIDA Förderverein e. V. gegründet, dessen Funktion es war, durch Mitgliedschaften und damit verbundene Mitgliedsbeiträge von Anhängern und Unterstützern die Arbeit von PEGIDA zu unterstützen. Neben der Generierung von Spenden hatte der Förderverein die Aufgabe, Anhänger und Sympathisanten institutionell einzubinden.⁷³

Ende Januar 2015 kam es nach einem internen Streit über die weitere politische Ausrichtung PEGIDAS zu einer Spaltung des Teams, was zur Folge hatte, dass Mitglieder einer moderateren bürgerlich-konservativen Ausrichtung der Ziele der Bewegung den Rücken kehrten. Auch Lutz Bachmann trat nach Veröffentlichung belastender Texte und Fotografien von seinem Amt zurück, wenn auch mit der Absicht weiterhin im Hintergrund aktiv zu agieren. Die Spaltung fiel dabei in eine Zeit, in der sich Mitglieder PEGIDAS gegenüber Vertretern von Politik und Medien zu öffnen begannen. Die personellen Konsequenzen hatten enorme Auswirkungen. Sechs der ursprünglichen zwölf Akteure des Organisationsteams verließen dieses. Für den Verein hatte dies vereinsrechtliche Folgen und führte zu dessen Inaktivität und damit auch wahrscheinlich zur Gründung des PEGIDA Fördervereins e.V. einige Wochen später. Die montäglichen

⁷¹ Vgl. Pegida (Wikipedia) 2016 - Teilnehmerzahlen im Überblick, erhoben aus Daten der Polizei Sachsen, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), MDR Sachsen, der Studentengruppe „durchgezählt“ sowie der Plattform crowdcounting.de

⁷² Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 10f.

⁷³ Vgl. ebda.

Demonstrationen fanden mit der bereits erwähnten Teilnehmerentwicklung weiterhin statt. PEGIDA kündigte im gleichen Zeitraum weitere politische Initiativen, wie die mittelfristige Gründung einer Partei und den Einzug in Kommunal- und Landesparlamente über Direktmandate an.⁷⁴ In den darauffolgenden Monaten fanden die Demonstrationen trotz vergleichsweise geringer Teilnehmerzahlen erneut mediale Aufmerksamkeit. Im September 2015 wurden Journalisten des Mitteldeutschen Rundfunks angegriffen und eine Schülergruppe von Demonstrationsteilnehmern bedroht.⁷⁵ Im darauffolgenden Oktober trugen Teilnehmer eine Galgenattrappe mit Schildern *Reserviert: Angela ‚Mutti‘ Merkel* bzw. *Reserviert: Siegmara ‚das Pack‘ Gabriel* während der Demonstration zur Schau, worauf hin die Staatsanwaltschaft Dresden Ermittlungen wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten aufnahm.⁷⁶ Die Demonstrationen finden nach wie vor statt, konnten aber seit dem kaum noch mediale Aufmerksamkeit generieren.

3.2 Inhaltliche Ausrichtung und Positionen von PEGIDA

In der Anfangszeit PEGIDAS herrschte eine grundlegende Unklarheit über deren Ziele und Inhalte. Auch wenn der Name der Bewegung bereits in eine bestimmte Richtung verwies und die Reden auf den ersten Demonstrationen viele der späteren Themenpunkte anschnitten, sorgten erst die zwischen Dezember 2014 und Februar 2015 veröffentlichten *Positionspapiere* für eine klarere Zuordnung. Das erste *Positionspapier*, welches 19 Punkte umfasste⁷⁷, wurde Ende Dezember 2014 im sozialen Netzwerk Facebook veröffentlicht. Auf Grund seiner Widersprüchlichkeit und Unschärfe traf dieses jedoch auf heftige Kritik, welche die Forderungen einerseits als zu Allgemein und für Missbrauch durch Akteure des rechten Spektrums anfällig kennzeichnete, und andererseits in ihnen eine Verschleierung rechtsextremer Ansichten hinter scheinbar bürgerlichen Parolen sah.⁷⁸ Als Folge dieser Kritik veröffentlichte Lutz Bachmann im Januar 2015 ein neues Dokument unter dem Titel *Sechs Forderungen an die Politik*, welche eine gekürzte Variante der 19 Punkte mit von Bachmann bereits als Rede vorgetragenen Aspekten verband. Erst mit der Spaltung des Organisationsteams und einem daraus resultierenden Treffen deutschlandweiter Vertreter

⁷⁴ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 15f.

⁷⁵ Vgl. Locke, 2015

⁷⁶ Vgl. Ermittler im Pegida-Galgen-Fall erhält Morddrohungen (MDR) 2015

⁷⁷ Vgl. Anhang 1

⁷⁸ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 34f.

von PEGIDA-Ablegern entstand ein weiteres *Positionspapier*, welches als „Dresdner Thesen“⁷⁹ veröffentlicht wurde. Dieses Papier war im Vergleich zu den 19 Punkten redaktionell aufgearbeitet und damit tauglich, um den weiteren Kurs der Bewegung klar zu umreißen. Die dort enthaltenen Forderungen lassen sich auf sechs grundlegende Themenbereiche zusammenfassen: Flüchtlinge und Zuwanderung, Islam und Islamisierung, Innere Sicherheit, Direkte Demokratie, Außenpolitik sowie die sogenannte *political correctness*.⁸⁰ Das primäre Thema aus diesem Spektrum stellt wohl der Bereich *Flüchtlinge und Zuwanderung* dar, welcher bereits von Beginn an einen hohen Anteil in den Reden und Veröffentlichungen hatte. Die Forderungen in diesem Bereich umfassen Auswahl, Unterbringung und Betreuung, Verteilung, Abschiebung und Strafverfolgung von Asylbewerbern. Auch Forderungen nach einem Zuwanderungsgesetz für eine *qualitative Steuerung* von Zuwanderung sowie eine *Pflicht zur Integration* finden sich in den Positionen, genau wie Forderungen zur Familienpolitik hinsichtlich des demographischen Wandels, zum Bildungs-, Renten- und Steuersystem, zum Schutz und Erhalt der deutschen Kultur und der Unterbindung extremer Ausprägungen darin, aber auch zu Volksentscheiden und direkter Demokratie, der Mittelverteilung bei den Polizeistellen, dem außenpolitischen Verhältnis zur Russischen Föderation sowie zu Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA.⁸¹ In den *Dresdner Thesen* beschreibt PEGIDA die Unerlässlichkeit ihrer Forderungen wie folgt:

„PEGIDA versteht sich als politische Bewegung, welche ideologiefrei die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit aufgreift und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen finden und umsetzen will. Durch unsere Wirtschaftspolitik verarmen der Mittelstand und die Arbeiterklasse zunehmend. Löhne und Renten stehen in einem immer schlechteren Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Statt Mittel für dringend benötigte Projekte zur Verfügung zu stellen, werden horrenden Summen verschwendet. Die steigende Kriminalität, soziale Brennpunkte sowie stetig wachsende Parallelgesellschaften beunruhigen die Menschen. Das Sicherheitsrisiko steigt ständig und die globalen Konflikte verschärfen sich aufgrund unverantwortlicher Innen- und Außenpolitik. Eine friedliche Zusammenarbeit souveräner Nationen weltweit ist die Grundlage einer sicheren Zukunft für uns alle“⁸².

⁷⁹ Vgl. Anhang 2

⁸⁰ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 40

⁸¹ Vgl. Anhang 2

⁸² Ebda.

Die *Positionspapiere* und deren inhaltliche Markierungen wurde insgesamt von Medien und Öffentlichkeit nur wenig zur Kenntnis genommen, wenngleich Anhänger und Demonstranten vor Ort immer wieder auf deren Ernsthaftigkeit verwiesen. Auch in die folgenden Reden fanden die Positionen in dieser konkreten gemäßigten Form nur wenig Beachtung und dienten nur als grobe Themengrundlage für Redebeiträge, welche stattdessen oftmals von Pauschalisierungen und Populismus geprägt waren.⁸³

3.3 Soziodemographische Merkmale und politische Motive der Teilnehmer

Lange Zeit herrschte über die soziodemographischen Merkmale und politischen Motive der PEGIDA-Demonstranten Unklarheit. Von Beginn an bestimmten die Verweigerungshaltung der Organisatoren, welche durch den steten Vorwurf der *Lügenpresse* an die Teilnehmer kommuniziert wurde, sowie ein unfreundliches und zum Teil aggressives Verhalten von Demonstranten gegenüber Journalisten das öffentliche Bild jener Menschen, die sich allwöchentlich um die PEGIDA-Veranstaltungen herum sammelten. In den ersten Monaten herrschte daher ein mediales Bild über die Teilnehmer, welches diese als sozial benachteiligte, mit niedrigem Bildungsgrad und fremdenfeindlichen Ressentiments polarisierende Menschen vom Rand der Gesellschaft zeichnete. Dieses Bild wurde durch neue, zum Teil sehr ausartende Aufnahmen und Mitschnitte von den Demonstrationen immer weiter untermauert. Erst Anfang 2015 ändert sich mit der Veröffentlichung der ersten wissenschaftlichen Studie zu PEGIDA das Bild über die Demonstranten.

„In ihren Befunden sowie den Ergebnissen weiterer empirischer Untersuchungen zeigte sich, dass die PEGIDA-Demonstranten zu weiten Teilen einer gesellschaftlichen Mittelschicht entstammten, gut ausgebildet und berufstätig waren, über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen verfügten, keiner Konfession angehörten, keine Parteiverbundenheit aufwiesen und aus Dresden oder Sachsen stammten“⁸⁴.

In ihrer 2015 veröffentlichten Publikation zu PEGIDA tragen Vorländer, Herold und Schäller von der TU Dresden Ergebnisse aus fünf empirischen Untersuchungen zusammen⁸⁵ und versuchen anhand der gewonnenen und dort verglichenen Daten das soziodemografische Bild der Teilnehmer zu konkretisieren. Zusammengefasst ergaben sich demnach folgende

⁸³ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 40f.

⁸⁴ Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 53

⁸⁵ Vgl. ebda., S. 54

Merkmale: eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer ist männlich, zwischen 30 und 60 Jahre alt, ohne Konfession und in Dresden und Umgebung ansässig. Nur etwa 21 Prozent aller Befragten zählten sich selbst zu einer protestantischen Glaubensgemeinschaft, zwischen 4 und 5 Prozent zum Katholizismus. In Bezug auf Erwerbstätigkeit, Bildungsgrad und Einkommen ergaben die Daten, dass lediglich 2 Prozent ohne Tätigkeit seien, während rund ein Drittel der Befragten einen akademischen Abschluss angab, wobei die Initiatoren der Studien darauf hinweisen, dass ein nicht geringer Teil dieser Abschlüsse in der ehemaligen DDR und in berufsbezogenen Studiengängen erworben worden.⁸⁶ Auch die Schulabschlüsse, welche mit hohem Anteil einem Abitur oder mittlerem Abschluss entsprechen, passen zu dieser Tendenz. Hinsichtlich der Einkommenssituation zeigen die Daten, dass die Mehrheit der Demonstranten nicht zu den sozioökonomischen Gesellschaftsrändern zuzuordnen ist; die durchschnittliche Einkommensverteilung liegt gegenteilig sogar deutlich über dem sächsischen Durchschnitt.⁸⁷ In den zu Grunde liegenden Studien wurden die Teilnehmer zudem hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen, Motive und dem Wahlverhalten befragt. Allgemein zeigen die Befragungen, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten keinerlei Verbundenheit oder Affinität mit einer politischen Partei zeigte und untermauert damit den bereits bekannten Befund eines hohen Anteils an Nichtwählern in Sachsen, sowie einer allgemein unter den Teilnehmern verbreiteten Anteilslosigkeit am aktuellen politischen Angebot in Sachsen und der Bundesrepublik. Die auch nach außen kommunizierte *Politikverdrossenheit* wird durch die Ergebnisse bestätigt. Innerhalb der Gruppe der Wähler zeichnet sich ein für Sachsen typisches Bild: eine überragende CDU/CSU sowie eine starke Linke dominieren vor dem traditionell geringen Anteil für Sozialdemokraten und Grüne. Herausragend oft genannt wird die *Alternative für Deutschland (AfD)*, welche in Hinblick auf die große Zahl an Nichtwählern als Protestwahl interpretiert werden kann. Der Anteil der rechtsextremen Wähler war zu Beginn entgegen medialer Erwartungen deutlich unter fünf Prozent, stieg aber im Verlauf der Veranstaltungen und mit der Verringerung der Teilnehmerzahlen auf über 12 Prozent an.⁸⁸ Auch hinsichtlich der Motive für eine Teilnahme an den von PEGIDA organisierten Demonstrationen wurde gefragt. Die Ergebnisse der von Vorländer, Herold und Schäller selbst durchgeführten Erhebung⁸⁹ zeigen Unzufriedenheit mit der Politik als Hauptmotivation der

⁸⁶ Vgl. Patzelt, Eichard 2015, S. 13

⁸⁷ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 62

⁸⁸ Vgl. ebda.

⁸⁹ Vgl. ebda., S. 55ff.

Teilnahme. Weitere Motive waren die Kritik an Medien und Öffentlichkeit, gefolgt von grundlegenden Vorbehalten gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, lediglich 10,3 Prozent gaben den Protest gegen religiöse oder ideologisch motivierte Gewalt als Grund an. Bemerkenswert war der mit nur rund einem Viertel aller Befragten verknüpfte Zusammenhang mit dem Themenbereich *Islam*, was auf eine deutliche Differenz zu der allem zu Grunde liegenden Thematik der Veranstalter hindeutet.⁹⁰ Als zusammenfassendes Ergebnis aller die Motive betreffenden Fragestellungen lässt sich die Wahrnehmung

„einer Kluft zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den alltäglichen „Problemen des Bürgers“, dem „Willen des Volkes“ auf der anderen Seite [erkennen]. Die PEGIDA-Kundgebungen schienen damit für eine Mehrheit der Teilnehmer vor allem eine Möglichkeit zu sein, tief empfundene Entfremdungsgefühle sowie bisher nicht öffentlich artikuliertem Ressentiments gegen eine politische und meinungsbildende Elite zum Ausdruck zu bringen“⁹¹.

Themenbereiche wie Zuwanderung und Flüchtlingspolitik erscheinen hierfür vor allem als Katalysatoren und nur wenig als Grund für die Entstehung von PEGIDA, wenngleich die emotionale Wirkung dieser Themen nicht ausblieb und bestehende Vorbehalte gegenüber Asylbewerbern und Muslimen im Allgemeinen verstärkt zu haben scheint.

3.4 Ideologische Einordnung und Deutung

Einordnungs- und Erklärungsversuche hinsichtlich Hintergründen, Kontexten und tieferliegenden Ursachen für die Entstehung und den zeitweise großen Zulauf PEGIDAS gab es von medialer Seite zu Hauf. Erst durch die Ergebnisse der empirischen Studien konnten diese über ein spekulatives Maß hinaus konkretisiert werden. Dabei sind neben den soziodemographischen Aspekten der PEGIDA-Akteure und Teilnehmer vor allem deren vermutete politisch-kulturellen Einstellungsmuster wie Islamfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus, Demokratieunzufriedenheit und Entfremdung von besonderem Belangen. Eine Einordnung und Deutung dieser, auch hinsichtlich der politischen Kultur in der Bundesrepublik und speziell in Ostdeutschland,

⁹⁰ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 62ff.

⁹¹ Ebd., S. 68

welche sich auf die Ergebnisse der von Vorländer, Herold und Schäller zusammengetragenen empirischen Befunde stützen, kann wie folgt zusammengefasst werden:

Die namensgebende Intention PEGIDAS gegen die (vermeintlich) *Islamisierung des Abendlandes* schuf früh ein zentrales Thema der selbst ernannten Bewegung. Von Teilnehmern mitgeführte Spruchbänder und Plakate, welche Slogans wie *Islam = Karzinom, Friedensvertrag & Verfassung statt Scharia & Dschihad* und Darstellungen von Politikern mit Kopftuch sollten vor dieser vermuteten Gefahr warnen. Medial wurden die Kundgebungen daher auch früh als *Anti-Islam-Demos* und die Teilnehmer als Islam-Hasser dargestellt.⁹² Diese Darstellung erschien jedoch spätestens mit den Veröffentlichungen der ersten empirischen Untersuchungen fragwürdig, hauptsächlich, da die Stadt Dresden einen Anteil von lediglich 0,4 Prozent muslimischer Bevölkerung aufweist und die Befragten Teilnehmer lediglich mit 10,3 Prozent Anteil aus einer Ablehnung gegenüber religiöse oder politisch motivierter Gewalt als Motiv ihrer Demonstration angaben. Insgesamt gab nur jeder vierte aller befragten Teilnehmer an, überhaupt am Themenkomplex *Islam, Islamismus bzw. Islamisierung* interessiert zu sein.⁹³ Der Befund, dass dieses Thema auf Seiten der Demonstrationsteilnehmer weder als ein zentrales Motiv, noch als ein Hauptgrund für ihre starke Mobilisierung anzusehen ist, konnte durch die Erhebungen bestätigt werden. Auch zeigten die Befragungen, dass eine Ablehnung von *Muslimen* unter den Teilnehmern wesentlich geringer ausfällt, als *des Islam*.⁹⁴ Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass die Ablehnung des Islams vor allem von Seiten der Organisatoren kommuniziert wurde und unter den Teilnehmern wesentlich weniger verbreitet war, als medial angenommen und dargestellt. Allerdings zeigten die Erhebungen auch, dass grundlegende Vorurteile und Skepsis unter den Teilnehmern weit verbreitet waren, allerdings auf einem Niveau, welches der Skepsis innerhalb der Gesamtbevölkerung, vor allem in den alten Bundesländern, welche wesentlich höhere muslimische Bevölkerungsanteile verzeichnen, ähnelt. Der Themenkomplex scheint durch seine mediale Präsenz als Projektionsfläche abstrakter Vorstellungen über *kulturelle Enteignung*, welche PEGIDA und Teilnehmer mit Verweis auf soziale Problemstellungen, welche Migranten involvieren, zum Ausdruck gebracht werden.⁹⁵

⁹² Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 75

⁹³ Vgl. ebda., S. 77, Abb. 7.2

⁹⁴ Vgl. ebda., S. 79, Abb. 7.4

⁹⁵ Vgl. ebda., S. 80

Neben einer konkret auf den Islam bezogenen Ablehnungshaltung, wurde PEGIDA in den medialen Darstellungen schnell dem Rechtsextremismus zugeordnet. Das durch die zum Teil ausländerfeindlichen Parolen getragene Bild fügte sich einfach in die für Sachsen und Ostdeutschland generell vermutete Anfälligkeit für rechte Strömungen, welche zusätzlich durch die Präsenz rechtsextremer Parteien wie der NPD im sächsischen Landtag begründet schien. Diese Darstellung erwies sich aus wissenschaftlicher Perspektive als unzureichend, setzt sie doch eine auf reine Mutmaßung bauende Interpretation von Symbolen und Äußerungen voraus, welche auf den vermeintlichen Rechtsextremismus hindeuten würden. In der politikwissenschaftlichen Diskussion jedoch, wird der Rechtsextremismus nach der sogenannten *Konsensdefinition* weitaus umfangreicher und differenzierter definiert, was in den sechs Dimensionen der Diktaturaffinität, des Nationalismus/Chauvinismus, der Verharmlosung des Nationalsozialismus, der Ausländerfeindlichkeit, des Antisemitismus und des Sozialdarwinismus zum Ausdruck kommt.⁹⁶ Die empirischen Befunde der Erhebungen rund um PEGIDA, auf welche sich auch Vorländer, Herold und Schäler stützen und welche sich nicht konkret auf Indikatorfragen entlang dieser sechs Dimension beziehen, liefern keine eindeutigen Ergebnisse hinsichtlich der bei PEGIDA vermuteten Tendenz zum Rechtsextremismus. Lediglich eine Online-Studie aus 2015⁹⁷ versucht sich an dieser Thematik, kann aber auf Grund ihrer geringen Stichprobengröße von 123 Befragten und der dadurch geringen Ausschöpfungsquote von 6,8 Prozent mit einer hohen Schwankungsbreite und Fehlerwahrscheinlichkeit nur gering hinsichtlich ihrer Aussagekraft eingeschätzt werden. PEGIDA fiel dort vor allem in Sachen *Nationalismus/Chauvinismus* sowie *Ausländerfeindlichkeit* auf, war dafür unterdurchschnittlich bei der Zustimmung rechtsautoritärer Diktaturen vertreten. Diese und andere Erhebungen legten vielmehr den Schluss nahe, dass PEGIDA-Anhänger demokratische Verfahrensweisen grundsätzlich sehr hoch schätzen, wenngleich nicht in Bezug auf die aktuellen politischen Institutionen und Akteure in der Bundesrepublik. Eine grundlegende Tendenz zum Rechtsextremismus konnte anhand der Daten nicht aufgezeigt werden.

Konkretisiert man die Betrachtung auf Teile dessen, was Rechtsextremismus als Sammelbegriff umfasst, zeichnet sich ein anderes Bild. Hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit zeigen die Erhebungen weitestgehend übereinstimmende Befunde und ergeben einen offen

⁹⁶ Vgl. Decker, Brähler 2006, S. 20

⁹⁷ Vgl. Vorländer, Herold, Schäler 2015, S. 85, Abb. 7.7

ausländerfeindlichen Anteil unter den PEGIDA-Teilnehmern von 30 bis 40 Prozent.⁹⁸ Die Erhebungen weisen darüber hinaus auf eine spezifische Form von Fremdenfeindlichkeit unter den Teilnehmern hin, welche sich in einer sprachlichen Unterscheidung zwischen sogenannten *Bürgerkriegsflüchtlingen* und konventionellen *Asylbewerbern* bedient und sich primär auf Letztgenannte konzentriert. Der Begriff des *Asylbewerbers* wird dabei für *Wirtschaftsflüchtlinge* verwendet, welcher im PEGIDA-Umfeld mit Sozialbetrügern gleichgesetzt eine hohe Ablehnungshaltung erzeugt.⁹⁹ Diese Semantik, welche gleichsam eine sprachliche Differenzierung nutzt, um über eine andere hinwegzutäuschen, reiht sich als Ausdruck eines Sozialneids zu den Motiven der Ablehnung, welche primär eine Überfremdungsangst bzw. eine Angst vor dem Verlust der eigenen kulturellen Identität zum Ausdruck bringt.

Auch patriotische, nationalistische und chauvinistische Einstellungen, als weiteres Merkmal des insgesamt schwer nachzuweisenden Rechtsextremismus, lassen sich einzeln in starker Ausprägung beobachten. Gemeinsame nationale und lokalpatriotische Ansichten bilden Nährboden und Bindeglied einer soziodemographisch heterogenen Anhängerschaft PEGIDAS, welche selbst die gesellschaftliche Mittelschicht zu erreichen und mobilisieren in der Lage waren. Die Untersuchungen verorten diese auch in den für die bürgerliche Mitte relevanten Themen, also weniger im Rechtsextremismus, als im Ethnozentrismus, welcher sich in deutschlandweiten Erhebungen grundlegend in der Gesamtbevölkerung verbreitet finden lässt. Damit wird PEGIDA nicht zum vermuteten Sonderfall – liegen in Sachsen im ostdeutschen aber auch zum Teil westdeutschem Vergleich selbst Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus auf einem unterdurchschnittlichen Niveau.¹⁰⁰

Die Diskrepanz zwischen den medial kommunizierten Ursachen für PEGIDA und den Befunden aus den empirischen Erhebungen lässt eine schlüssige und endgültige Einordnung nicht zu, vielmehr verlangt sie nach Erklärungsideen außerhalb bekannter Muster. So wurden bereits 2015 erste Stimmen laut, die PEGIDA als zufällig entstandenes Phänomen deuten, welches nur eine längst vermutete gesamtdeutsche Tendenz zum Ethnozentrismus stellvertretend in die Öffentlichkeit trug.

⁹⁸ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 57 ff.

⁹⁹ Vgl. ebda., S. 102 ff.

¹⁰⁰ Vgl. ebda., Abb. 7.16 und 7.17

Vorländer, Herold und Schäller verorten mögliche Erklärungsansätze außerdem in der unterschiedlich gelagerten Debatten- und Artikulationskultur zwischen alten und neuen Bundesländern:

„In den alten Bundesländern hat vor allem die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit seit den 1960er Jahren ganz bestimmte Formen öffentlicher Tabuisierung hervorgebracht. Vorbehalte und Ressentiments gegen Fremde bzw. Ausländer sind zwar im Westen ebenso verbreitet, werden hier aber deutlich seltener kommuniziert. Diese „politisch-kulturellen Benimmregeln“ scheinen im Osten wesentlich anders zu verlaufen, die Hemmschwellen insbesondere zur Artikulation ethnozentrischer Einstellungen scheinen deutlich niedriger zu liegen. PEGIDA könnte insofern zur lokalen Sichtbarmachung eines in der gesamtdeutschen Bevölkerung verbreiteten ethnozentrischen Einstellungsmusters geführt, sowie im Westen zur Offenlegung eines durch Tabuisierung und Beschweigen belegten Diskursraums beigetragen haben“¹⁰¹.

Weitere wesentliche Motive unter den Teilnehmern sind Demokratie- und Medienkritik sowie eine politische Entfremdung und – wie Vorländer, Herold und Schäller es bezeichnen – Deprivation.¹⁰² Die Demokratiekritik meint eine mit über 25 Prozent der Befragten angegebene allgemein empfundene Distanz zwischen Volk und Politikern, welche sich in einer Grundsatzkritik an der in der Bundesrepublik existierenden repräsentativen Form der Demokratie äußert. Besonders die Rolle der Parteien und die fehlenden direktdemokratischen Mitbestimmungsmittel auf Bundesebene werden von über 20 Prozent der Befragten hervorgehoben.¹⁰³ Hauptsächlich in den Themenbereichen der Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik herrscht unter den Befragten Unmut. Diese von PEGIDA und Anhängern umfangreich zum Ausdruck gebrachte Kritik steht in Kontrast zu langen Erhebungsreihen, welche sich mit der Demokratieentwicklung in der gesamten Republik befassen und den Schluss zulassen, dass die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den letzten Jahren eher angestiegen ist.¹⁰⁴ Allerdings verweisen Untersuchungen auch auf eine von den Bürgern grundsätzlich vermisste Nähe zwischen Politik und Bevölkerung, eine zu geringe Responsivität und ein niedriges Maß an Vertrauen, welches den politischen Akteuren entgegen gebracht wird. Bei den Erhebungen rund um die PEGIDA-Teilnehmer zeigte sich eine eklatante Diskrepanz hinsichtlich der Unzufriedenheit der Befragten mit der Demokratie an

¹⁰¹ Vorländer, Herold, Schäller 2015, S. 105

¹⁰² Vgl. ebda., S. 114

¹⁰³ Vgl. ebda., S. 106 ff.

¹⁰⁴ Vgl. ebda., Abb. 7.18

sich (90,4 Prozent zufrieden) und der in Deutschland tatsächlich gelebten Form (6,1 Prozent).¹⁰⁵

Die Befragungen zeigten, dass diesem Unmutsbekunden oftmals Schritte der Pauschalisierung vorausgingen, welche *Politik*, *System* oder *die Grünen* insgesamt verantwortlich sieht.

Vorländer, Herold und Schäller beschreiben diesen Umstand und seine Ursachen wie folgt:

„In den bei PEGIDA vorgetragenen Meinungen, Motiven und Forderungen kam in diesem Zusammenhang ein stark vereinfachtes, zugleich unterkomplexes wie technokratisches Demokratieverständnis zum Ausdruck. Es war verbunden mit einem Anforderungsprofil an die politischen Verantwortungsträger, das nach dem simplen Schema des „wir fragen und bestellen – ihr antwortet und liefert“ funktionierte. Ein Bewusstsein für die Komplexität, Zeitintensität und Kompromissbedürftigkeit demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse schien dabei oft nur wenig ausgeprägt zu sein. Stattdessen zeigten sich einerseits Vorstellungen von Demokratie, die durch eigene Lebenserfahrungen in unterschiedlichen politischen Systemen geprägt waren und möglicherweise Anleihen in den vereinfachenden Schemata marxistisch-leninistischer Ideologeme sowie dem aus DDR-Zeiten bekannten „Eingabewesen“ genommen hatten“¹⁰⁶.

Neben politischen Akteuren stehen besonders Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung unter der artikulierten Kritik der PEGIDA-Demonstranten. Unter der Parole „Lügenpresse“ wurde oft und pauschal die Arbeit von Journalisten bewertet, man unterstellte auch diesen einen Verlust der Nähe und des Kontakts zu Realität in der Republik und verwies auf die Verflechtungen zwischen Eliten aus Politik und Medien, welche zu einer Herausbildung von *Systemmedien* und abhängigem Journalismus entsprechend einer vorgegebenen politischen Agenda tätig sind. Auch die mediale Ignoranz und Arroganz gegenüber den Anliegen und Sorgen der *einfachen Bürger* wird massiv kritisiert. Die soziodemographischen Daten zeigen, dass die Medienkritik vor allem bei den gebildeteren und wohlhabenderen Teilnehmern verbreitet war, welche neben den besprochenen Kernthemen auch in der Berichterstattung über PEGIDA selbst keine unabhängigen und objektiven Medien erlebten. Jeder fünfte Befragte gab für die Teilnahme an PEGIDA die empfundene Diffamierung seitens der Massenmedien als unmittelbaren Grund an.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, Abb. 7.19

¹⁰⁶ Ebda., S. 111ff.

¹⁰⁷ Vgl. ebda.

Diese Medienkritik fügt sich in das deutschlandweite Medienbild, welches in repräsentativen Umfragen erforscht wurde. So gaben in einer Studie der Wochenzeitung *Die Zeit* 60 Prozent der Befragten an, wenig oder gar kein Vertrauen in die Berichterstattung zu haben. Die dabei am häufigsten genannten Vorwürfe wie der Verdacht auf Fehlinformation, Einseitigkeit, schlechte Recherche und fehlende Unabhängigkeit entsprechen in dieser Form denen der PEGIDA-Teilnehmer.¹⁰⁸

Die Medienkritik kann daher nicht als spezifisches Merkmal der Protestbewegung gesehen werden, sondern artikuliert sich dort nur aggressiver und direkter als üblich, spiegelt aber grundsätzlich ein in Deutschland mehrheitlich existierendes Meinungsbild wider.

4. PEGIDA als Phänomen kultureller Identitätssuche

In der Auseinandersetzung mit PEGIDA, dessen Akteuren und Anhängern sowie deren soziokulturellen Hintergründen und Motiven fällt schnell auf, dass es eine adäquate Einordnung, welche allen im Kontext wichtigen Aspekten gerecht wird, nicht geben kann. Die empirischen Daten von Vorländer, Herold und Schäller zeichnen ein Bild der Demonstrationsteilnehmer, welches überwiegend im Kontrast zu den medial etablierten Vorstellungen steht und sich nur partiell mit den dort oftmals gezeigten radikalen und extremistischen Positionen in Zusammenhang bringen lässt. Dennoch scheint es, dass sämtlichen Akteuren um PEGIDA grundlegende Motivationen, welche sie zu ihrem jeweiligen Handeln veranlasst, gemein sind, welche im Kontext einer kulturwissenschaftlichen Betrachtung als eine Auseinandersetzung und Suche nach der eigenen kulturellen Identität auftritt. Ob und inwieweit es sich bei PEGIDA primär um ein Phänomen einer kulturellen Identitätssuche in direktem Bezug zur pluralistischen demokratischen Bundesrepublik und ihrer Geschichte handelt, soll folgender Abschnitt, welcher sich im wesentlichen auf das bisher Erörterte stützt, aufzeigen und nachvollziehbar darlegen.

Das wesentlichste Element zur Ausbildung einer kulturellen Identität ist die soziale Bezugsgruppe.¹⁰⁹ Private Bezugsgruppen (Familie, Freunde, Nachbarschaft) und gesellschaftliche Bezugsgruppen (Verein, Staat, Kulturraum) nehmen dabei unterschiedlich Einfluss auf die Identitätsausprägung des Individuums. Die Typen von Bezugsgruppen bilden miteinander Schnittmengen, welche sich aus gemeinsamen kulturellen Bedingungen

¹⁰⁸ Vgl. Vorländer, Herold, Schäller 2015, S.111ff.

¹⁰⁹ Vgl. Kapitel 2, S. 27ff.

(Sprache, Gesetze, Alltagskultur) ergeben. Das Konstrukt der Nation beschreibt eine denkbar große gesellschaftliche Bezugsgruppe, welche sich aus bestimmten, alle Individuen in ihr betreffenden kulturellen Bedingungen formt und beinhaltet und damit als kulturelles Fundament unzähliger Individuen und deren privater Bezugsgruppen auftritt, was zur Ausbildung von gemeinsamen Identitätsmerkmalen führt. Deutschland ist nach diesem Muster auf Grund seiner unsteten, wechselhaften und von Gründungsmythen und nationalen Erzählungen kaum untermauerten Geschichte kein geeigneter Identitätsstifter.¹¹⁰ Die kulturelle Identität der Deutschen, welche seit Bismarck am „deutschen Wesen“ und der aus ihm entstandenen Nation festgemacht und in den Jahrzehnten darauf durch politische Extremisten schwer missbraucht und bis zu Krieg und Zerstörung forciert wurde, musste nach Kriegsende in der Mitte des 20. Jahrhunderts völlig neu erfunden und definiert werden. Durch die Teilung Deutschlands und die daraus resultierenden differenten Entwicklungswege nahm diese Neufindung einen Jahrzehnte andauernden Umweg: während in der jungen BRD Demokratie und Pluralismus, auf welche sich das neue Grundgesetz bewusst und zur Vermeidung einer störanfälligen und der Demagogie den Nährboden bereitenden *Volksherrschaft* stützte, ausbreiteten und die Individuen und Gruppen zu einer pluralistischen Meinungs- und Willensbildung und damit auch Identitätsfindung bewegten, wurden im diktatorischen Sozialismus der DDR Klassenbewusstsein, Gleichmacherei und Gruppenidentität von staatlicher Seite forciert und dem westlichen demokratischen Pluralismus gegenüber gestellt. In beiden deutschen Staaten fand eine adäquate Auseinandersetzung mit den Begebenheiten der ersten Jahrhunderthälfte nicht in dem Maße statt, dass eine zukünftige Identität ohne Vorbelastung entstehen konnte. Auch der Umgang mit Migranten, welche als sogenannte Gastarbeiter in beiden Staaten akquiriert wurden, zeugte von einer grundlegenden noch immer nicht überwundenen Ablehnung des „Fremden“. Integrationsbemühungen und ein interkultureller Austausch wurde in beiden Systemen staatlich kaum gefördert. Während sich nach der Wiedervereinigung die Nachkommen der Gastarbeiter in den alten Bundesländern bereits erste gesellschaftliche Aufstiege erarbeitet hatten und in den Großstädten zu einem Teil der Alltagskultur geworden sind, hatte man in der ehemaligen DDR nur wenig Erfahrung mit kulturellen Einflüssen von außerhalb gemacht und stand selbst vor einer Integrationsaufgabe in die westliche *Kultur der Moderne*¹¹¹, welche

¹¹⁰ Vgl. Kapitel 2.4, S. 34ff.

¹¹¹ Vgl. Kapitel 1.3.1, S. 15ff.

mit der Globalisierung und ihren Anforderungen auch die Bundesrepublik erfasste. Das erste Jahrzehnt nach der Wende war von einer widersprüchlichen Politik geprägt, welche einerseits die vor allem wirtschaftliche Öffnung Deutschlands für die globalen Märkte und damit auch den unabwendbaren kulturellen Austausch anstrebte, innenpolitisch aber Ängste vor Überfremdung schürte. Diese Politik führte unweigerlich zu einem Erstarren extremer Gruppierungen, welche durch Identitätspolitik, die sich auf kulturelle Unterschiede berief, vor allem in den neuen Bundesländern zu Tage trat. Die Anforderungen und Aufgaben der Globalisierung führten dennoch zu einer weiteren Öffnung und wurde nun auch von der Mehrheitsbevölkerung als notwendig erkannt und mitgetragen. Als im Jahr 2005 ein neues Zuwanderungsgesetz verabschiedet wurde, welches Deutschland nun voll und ganz zu einem Einwanderungsland machte, war die Republik endgültig in der *Kultur der Moderne* angekommen. Deutschlands wachsende Rolle in der Europäischen Union und die innereuropäische Öffnung nach EU-Richtlinien wirkten sich ebenfalls auf diese Entwicklung aus. Mit den wirtschaftlichen und kulturellen Gewinnen einer pluralistischen offenen Demokratie wuchsen auch die Anforderungen an die Individuen sich in dieser *Kultur der Moderne* zurecht finden zu können. In der *Kultur der Moderne* steht das Individuum stets vor der Gruppe, denn ihre wesentliche Eigenschaft ist der Umgang mit den Unterschieden zwischen den Individuen anstelle einer normativen Kategorisierung. Daraus ergibt sich ein Gesellschaftsmodell, welches mit der klassischen westlichen Kultur, welche selbst trotz eines hohen Maßes an Freiheit und Demokratie, normative Züge aufwies, nur noch in ihren grundlegenden Konstruktionsmustern zu tun hat. Die *Kultur der Moderne* schafft den Spielraum für individuelle Entfaltungen kultureller Identität und stellt somit an die Individuen einen Leistungsanspruch, der ihnen unter Umständen selbst nicht bewusst ist. Dazu zählt auch eine hohe Toleranz Widersprüche, Eindeutigkeit und Widerstände aushalten zu müssen. Die Nachwendepolitik, welche bis zum Ende der Kohl-Ära durch Versprechen (*blühende Landschaften*) und Angstpolitik (*Überfremdung*) von Grund auf widersprüchlich auftrat, nahm einen direkten Einfluss auf die Gesellschaftsvorstellungen der deutschen Bevölkerung, der nachhaltig wirken sollte. Als im neuen Jahrtausend die Auswirkungen eines neoliberalen enthemmten Kapitalismus und des als direkte Folge verfehlter westlicher Außenpolitik entstandenen islamistischen Terrors zu neuen Bedrohungen für die offene, moderne Gesellschaft wurden, mussten pluralistische demokratische Staaten auf Grund der immer komplexer werdenden Zusammenhänge damit beginnen, ihre eigenen Wertvorstellungen und

Ideale hinsichtlich kulturellem Pluralismus zu hinterfragen. So schien es auch in Deutschland kaum noch möglich, Fragen zur kulturellen Identität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht zu stellen. Im Fahrwasser dieser gesellschaftlichen Prozesse, welche die Politik nur mühsam aufgriff und damit die Chance verpasste, frühzeitig im Sinne des Grundgesetzes und der in ihm enthaltenen Grundwerte zu argumentieren, wurden Stimmen lauter, die den grenzenlosen Pluralismus, der offensichtlich auch extremistische Tendenzen einzelner Gruppen zuließ, als gesellschaftliches Ideal in Frage stellten. Diese Stimmen formierten sich zu neuen Gruppen, welche sich der widersprüchlichen Situation bemächtigend identitätspolitische Strategien entwickelten und zu kommunizieren begannen. Dabei gingen die Akteure ganz in der Tradition identitätspolitischer Kräfte den Weg des Populismus und untermauerten ihre Forderungen, welche einer normativen Kulturvorstellung¹¹² mit nationalstaatlichen und ethnozentrischen Identitätsargumenten¹¹³ den Vorzug geben sollte, mit den realen oftmals innenpolitischen Problemstellungen dieser Zeit. Der *neuen Rechten* dient bis heute vor allem die Kultur als Argument ein Freund-Feind-Denken aufzubauen, welches oftmals durch bewusste Falschdarstellungen und populistische Suggestionen kultureller Unterschiede gefüttert und zu einem selbsttragenden Prozess wird, welcher neben selbsterfüllenden Prognosen auch eine kulturelle Verklärung zu Gunsten mythologischer Bezugsrahmen wie beispielsweise dem *Abendland* mit sich bringt. Diese Bewegung erhielt durch die 2014 als direktes Ergebnis des Krieges in Syrien eingetroffenen Flüchtlingsgruppen endgültig einen Schub, denn nun erreichten und betrafen Angelegenheiten, die sonst nur außenpolitischen Akteuren zu Teil wurden, die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft. In diesem direkten Kontext entstand 2014 in Dresden die selbsternannte Bürgerbewegung PEGIDA¹¹⁴, welche sich unmittelbar an der bis dato eher subtil stattgefundenen Identitätspolitik der *neuen Rechten* anzudocken versuchte. Bei PEGIDA, bis heute aktiv aber intern zerstritten und mit nur geringem Zulauf, sammelten sich Individuen, die politische Unzufriedenheit und einen kulturellen Frust zum Ausdruck bringen wollten. Dabei verstanden sich die Demonstrationsteilnehmer, welche mehrheitlich in der Deutschen Demokratischen Republik geboren und sozialisiert wurden, überwiegend als Demokraten, die das demokratische Recht ihrem Unmut über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen auf der Straße Ausdruck zu verleihen, nutzen und dafür von Politik und Medien als Rechtsextreme, Rassisten und Nazis diffamiert wurden.

¹¹² Vgl. Kapitel 1.1, S. 6ff.

¹¹³ Vgl. Kapitel 1.2.2, S. 12ff.

¹¹⁴ Vgl. Kapitel 3, S. 39ff.

Die von Vorländer, Herold und Schäler zusammengetragenen und bewerteten empirischen Daten zu den Teilnehmern zeichnen ein anderes Bild. Die rechtsextremen und rassistischen Äußerungen, Symbole und Forderungen, welche man bis heute auf den PEGIDA-Veranstaltungen beobachten konnte, sind im Verhältnis zur bisher maximal erreichten Teilnehmerzahl von über 20.000 Menschen offensichtlich nur vereinzelt Gruppen unter den Demonstranten und einigen wenigen Akteuren und Rednern seitens der PEGIDA-Organisation anzulasten. Der überwiegende Teil der Demonstrationsteilnehmer hingegen zeigt ein erkennbares Defizit zwischen dem eigenen kulturellen Identitätsbild und den aktuellen gesellschaftspolitischen Begebenheiten auf. Sie erleben und empfinden eine Diskrepanz zwischen ihrem eigenen Demokratieideal und der tatsächlich gelebten Form in der Bundesrepublik.¹¹⁵ Die sich daraus ergebenden Fragen nach den Ursachen dieser Diskrepanz ist auch gleichsam eine Frage nach der eigenen kulturellen Identität. Beantwortet werden diese anhand der Ansichten und Forderungen dieser Teilnehmer und der Relation zur tatsächlichen gesamtgesellschaftlichen Realität in Deutschland.

4.1 Gruppenzugehörigkeit, Klassenbewusstsein und Gruppenidentität

Die Teilnehmer zeigen ein starkes Gruppenzugehörigkeitsbedürfnis, welches sich an unterschiedlichster Stelle manifestiert: man beklagt die Distanz zwischen *Volk* und *Politik*, also zwischen zwei diffusen Gruppen, welche freilich so nicht existent sind, kann doch ein Individuum aus der Bevölkerung eines Staates eine politisch aktive Kraft sein und lässt sich ein Berufspolitiker wohl kaum nicht zur Bevölkerung des Landes zählen. Diese Vorstellung wird durch den Ruf *Wir sind das Volk* sprachlich verfestigt, liegt dieser Slogan doch in direkter Verbindung mit den Demonstrationen 1989, welche einen Teil zur Wiedervereinigung beigetragen haben und im retrospektiven Nachhinein wie eine tatsächliche Auflehnung einer Gruppe gegen eine andere wahrgenommen werden kann. Auch die Medien, welche pauschal als *Lügenpresse* deklariert werden, erscheinen in der Darstellung der PEGIDA-Teilnehmer als homogene Gruppe von Akteuren, welche einem selbst interessenthalber gegenübersteht. Dieser Einschätzung liegt wohl ein grundsätzliches Klassenbewusstsein auf Seiten der Demonstranten zu Grunde, welches sich nicht nur in der reflexiven Perspektive in um PEGIDA wahrnehmbare Selbstverortungen wie *Volk, wir einfachen Leute* oder im lokal-geographischen Bezug äußert, sondern auch als Zuschreibungs- und Klassifikationsinstrument

¹¹⁵ Vgl. Kapitel 3.4, S. 51ff.

gegenüber anderen Verwendung findet: man spricht von *den Politikern, denen da oben, von Gutmenschen, Links-Grünen*, man unterteilt auch Migranten und Flüchtlinge in Typen wie *echter Kriegsflüchtling, Wirtschaftsflüchtling* oder *Wirtschaftsmigrant*. Diesem Klassendenken fehlt in der Regel ein fundierter wissenschaftlicher Unterbau, der unter Umständen sogar eine Differenzierung von beispielweise Migrations- und Fluchtmotivationen aufzeigen könnte, er dient vielmehr einer Strukturierung, welche die eigene Position untermauern soll, in der eine dieser Gruppen anders bewertet wird, als die andere. Dieses Klassenbewusstsein lässt sich womöglich auf die mehrheitliche DDR-Sozialisation der Teilnehmer, sowie - gerade in Bezug auf Migranten - im ersten Nachwendejahrzehnt politisch forcierte Distanz zu ihnen, aber ebenso in Bezug auf die Neubürger der ehemaligen DDR nach der Wende, zurückführen. Interessant dabei ist, dass ein Großteil der Befragten sich keiner Partei zugehörig zählte und fühlte, was wiederum eine Begründung sein kann, weshalb die Befragten ihre Gruppenzugehörigkeit wenig an politisch realen Gruppierungen, als an diffusen Konstruktionen festzumachen scheinen. So eröffnet PEGIDA durch seine Selbstbetitelung als *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* gleich in mehrfacher Hinsicht gruppenbezogene Perspektiven, welche sich zum Teil von den empirischen Befunden gestützt in der Anhängerschaft aufgegriffen wiederfinden, aber zeitgleich auch in Frage gestellt werden: Kritik an der EU, welche sprachlich deutlich von Europa getrennt wird, ist fester Bestandteil der bei PEGIDA vertretenen Positionen. Politische Forderungen nach einem Europa souveräner Nationalstaaten lassen sich sowohl bei den offiziellen PEGIDA-Inhalten, als auch unter den Teilnehmern finden. Diese nationalstaatlichen Gruppen- und damit Identitätsvorstellungen erscheinen in diesem Kontext so stark und klar umrissen, dass man voraussetzt, dass auch die Bevölkerungen anderer europäischer Staaten ein vergleichbares Bedürfnis haben müssen und sich damit durch gemeinsame Interessen als *Europäer* zusammenfinden könnten. Diese Auffassung spiegelt sich auch in der von PEGIDA offiziell getragenen Selbstdarstellung als Gesamteuropäisches Phänomen wieder. Über die europäische Dimension hinaus wird die kulturhistorische Zugehörigkeit zum sogenannten Abendland ebenfalls bedeutsam: das Abendland wird als christliches Gegengewicht zum drohenden Islam gesehen, welcher im Morgenland verwurzelt (dass alle drei abrahamitischen Religionen ihren Ursprung im Morgenland haben wird gern ignoriert) die durch die Aufklärung mühsam errungenen zivilisatorischen Entwicklungen und die säkularen Gesellschaftsformen, in denen Religion eine private Angelegenheit ist, zu zerstören versucht. Die Mehrheit der

Befragten gab an, keiner Konfession zugehörig zu sein¹¹⁶, daher ist es schwierig nachzuvollziehen, was den Ausschlag die Selbstzuschreibung der Zugehörigkeit zum christlichen *Abendland* für den einzelnen gegeben hat. Dennoch scheint diese Zugehörigkeit, welche ihrerseits direkt mit der Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesetzgebung und ihrer Politik, welche durch christlich-demokratische und christlich-soziale Parteien mitbestimmt wird, ein geeignetes Mittel zu sein, um sich von der kulturellen Sphäre des Islams abzugrenzen. Darüber hinaus kann die Verknüpfung zum *Abendland* als Ergebnis und gleichsam Versuch gesehen werden, die Zugehörigkeit zur deutschen Nation (bzw. zu Europa in direkter Abgrenzung zum Nahen Osten, Nordafrika und dem arabischen Kulturraum) mythologisch aufzuladen und damit, als Teil der eigenen kulturgeschichtlichen Identität auf sich selbst zu projizieren.¹¹⁷ Das Gruppenzugehörigkeitsmotiv bekommt unter den Teilnehmern und Akteuren noch eine weitere Bedeutung: als direkte Folge der Medienkritik, welche sich im Wesentlichen auf fehlende Unabhängigkeit und Nähe zum politischen Mainstream äußert, bewegen sich die Teilnehmer in eigenen sozialen und medialen Netzwerken, welche die verschiedensten Teilnehmergruppen miteinander in kommunikative Verbindungen bringen und in denen sich Inhalte, welche als objektive Wahrheit, welche die Mainstreammedien verschweigen oder bewusst Verzerren, dargestellt und multipliziert wird. Über eigene Verlage, Publikationen, Internetangebote und schwer zugängliche Netzwerke verdichtete sich so in den letzten Jahren ein Informationsnetzwerk, welches seinen Teilnehmern bewusst und gezielt eine neue Gruppenidentität zukommen lässt. Die empirischen Daten zur Medienkritik zeigen, dass die Befragten sich von den Mainstreammedien nicht repräsentiert oder gehört fühlen, was eine Zuwendung zu alternativen Informationsquellen mit sich führt. Das Gruppenbewusstsein, welches sich aus der PEGIDA-Bewegung speist, erklärt auch die zahlreichen nationalen und internationalen Ableger, welche zwar nur regional und in einem bedeutend kleineren Maß erfolgreich waren, aber den Akteuren und Demonstranten in Dresden als ausreichendes Feedback dienten, sich selbst als Vertreter bestimmter politischer Positionen mit einem bedeutsamen Allgemeinheitsanspruch zu sein. Die Themengebiete PEGIDAs, welche in den empirischen Befunden auch dezidiert betrachtet wurden, zeigen ein großes Bedürfnis der Teilnehmer an politischer und kultureller Partizipation und einem demokratisch legitimen Willen, diese

¹¹⁶ Vgl. Kapitel 3.3, S. 45ff.

¹¹⁷ Vgl. Kapitel 2.5, S. 37ff.

gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Auf der anderen Seite zeigt sich ein deutliches Defizit was das Verständnis komplexer realpolitischer Prozesse, pluralistischer Meinungsbildung, der soziokulturellen Bedeutung der Bundesrepublik als Einwanderungsland und demokratischer Legitimationen eigener Vorstellungen und Interessen in der Mehrheitsgesellschaft betrifft.

4.2 Demokratisches Selbstbild und schwindender Erfolg der PEGIDA-Bewegung

Die absolute Mehrheit der befragten PEGIDA-Demonstranten gab an, die Demokratie an sich zu befürworten, die aktuell in Deutschland gelebte Form hingegen nicht.¹¹⁸ Betrachtet man die rund um PEGIDA artikulierten Forderungen nach direkter Demokratie, gerichtlichen Schnellverfahren und sofortiger Abschiebung unberechtigter oder krimineller Migranten, wird klar, dass sowohl geschichtliche Argumente, wie etwa die bewusste Konstruktion des Grundgesetzes als Instrument einer repräsentativen Demokratie, als auch ein Bewusstsein über die Komplexität, die Bedingungen und Hürden demokratischer Prozesse in einem pluralistischen Rechtsstaat mit nationalen und supranationalen Verpflichtungen und Verträgen, fehlen oder zumindest unvollständig vorhanden sind. Das bei PEGIDA grundlegende Klassenbewusstsein widerspricht dem Pluralismus, welcher Klassen im Sinne der Vielfalt ablehnt. Der Pluralismus hingegen gilt als wichtiger Baustein für den Erfolg der Demokratie in Deutschland, welche weltweit geachtet und hervorgehoben wird. Diese fehlende Partizipation an den realpolitischen Prozessen in der Republik möge ihre Wurzeln in der DDR-Geschichte der neuen Bundesländer haben, ist aber nach der Wende primär den etablierten Parteien, welche es in weiten Teilen des Landes versäumt haben, Politikverdrossenheit und bewusstem politischen Partizipationsverzicht entscheidend entgegen zu wirken und darüber hinaus adäquat zu kommunizieren, welche Folgen globalisierte Wirtschaftsstrukturen, ein kapitalistisches System und die daraus entstehenden Migrationsprozesse nach und aus Deutschland heraus mit sich bringen. Vielleicht ist es gerade diesem Versäumnis geschuldet, dass unter den Teilnehmern die Demokratie in einem beachtlich hohen Maße als Ideal gilt, auch wenn das Ideal sich an den realen Bedingungen nicht messen kann. In diesem differierten auf die BRD bezogenen Demokratieverständnis liegen zugleich Vor- und Nachteil für die deutsche Gesamtgesellschaft. Der Nachteil besteht darin, dass jene Demonstranten auf Grund einer fehlenden politischen Teilhabe empfänglicher für demagogische Einflüsse identitätspolitischer Strömungen sind, was den

¹¹⁸ Vgl. Kapitel 3.4, S. 51ff.

zeitweise hohen Zulauf PEGIDAS und die wachsende Unterstützung der AfD aus dem PEGIDA-Umfeld begründen könnte. Der Vorteil hingegen ist, dass jene Teilnehmer durch ihre idealistischen Vorstellungen sensibel für extremistische Tendenzen jeglicher Art sind und sich denen, sofern sie offen zu Tage treten, entziehen oder entgegenstellen. So sind nicht nur die Teilnehmerzahlen seit Monaten rückläufig, auch die Zustimmung mit den zum Teil extremistischen Äußerungen und Forderungen seitens einiger PEGIDA-Redner und Akteure blieb aus. Entscheidend für diese Entwicklung war neben dem hohen demokratischen Ideal der Teilnehmermehrheit vor allem die zu Grunde liegende Motivation der Teilnahme, welche sich deshalb retrospektiv als soziokulturelle Verunsicherung und politische Frustration abzeichnen und eben nicht Ergebnis einer tiefer kulturellen Identitätskränkung auftreten, welche PEGIDAS bereits sichtbar gewordene fundamentalistische Potenziale enorm entfacht und weitergetragen hätten können.

4.3 Zusammenfassung – Kulturelle Identitätssuche und -bestätigung durch PEGIDA

Zusammenfassend lässt sich präzisieren, dass das unter den PEGIDA-Akteuren und Teilnehmern herrschende Bedürfnis einer Gruppenzugehörigkeit und ein fest verankertes Klassenbewusstsein im für sie selbst spürbaren Kontrast zu den in einer offenen pluralistischen Gesellschaft in der *Kultur der Moderne* stattfindenden gesellschaftspolitischen Entscheidungen und Prozessen steht. Diese Diskrepanz bringt Fragen auf, welche die eigene kulturelle Identität und die der Gesellschaft betreffen. Diese Fragen werden nicht zentral beantwortet, sondern sind gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozessen unterworfen, in denen jedes Individuum für sich aktiv werden muss, um eine für sich selbst geeignete Antwort zu finden. Die Mehrheit der Teilnehmer der PEGIDA-Demonstrationen ist auf Grund ihrer Sozialisation mit diesen Prozessen einer pluralistischen Meinungs- und Willensbildung nicht vertraut genug, als das sie sich in Krisenzeiten darauf stützen könnte. Das Bedürfnis nach demokratischen gesamtgesellschaftlichen Prozessen der Willensbildung ist stark ausgeprägt, scheitert aber an den fehlenden klassischen Bezugsgruppen, welche den Teilnehmern auf Grund ihrer voran gegangenen Politikverdrossenheit und ihrem Klassenbewusstsein, welches einen soziokulturellen Austausch mit Mitmenschen außerhalb der eigenen Interessen- und Bezugsgruppe verhindert, fehlen. Durch gesellschaftliche Kräfte, welche reale Problemstellungen als Anlass für eine auf Identitätsfragen gerichtete Politik instrumentalisieren, entstehen neue

Bezugsgruppen, welche durch inhaltliche Schnittmengen für die Teilnehmer bedeutsam werden. Allerdings ist das Demokratiebedürfnis, wenngleich es den Bedingungen einer globalisierten pluralistischen multikulturellen Demokratie, wie sie Deutschland aktuell darstellt, nicht in Komplexität und Perspektivmöglichkeiten gerecht wird, vorhanden und so stark ausgeprägt, dass die Mehrheit der Teilnehmer die extremistischen und fundamentalistischen Tendenzen seitens der identitätspolitischen Akteure wahrnimmt und daher an entscheidender Stelle Abstand zu PEGIDA genommen hat, was sich nachweislich in den Teilnehmerzahlen der Bewegung widerspiegelt. Man kann also zwei die kulturelle Identität betreffende Schlussfolgerungen ziehen: ein Teil der Demonstranten hat sich bei PEGIDA zusammengefunden, um sich ihrer eigenen soziokulturellen Zugehörigkeit angesichts gesellschaftlicher Umwälzungen rück zu versichern, während ein anderer Teil sich seiner kulturellen Identität so bewusst zu sein scheint, dass sie diese dort verteidigen und behaupten möchten. Die empirischen Daten zeigen, dass die absolute Mehrheit aller Teilnehmer keine extremistischen Tendenzen aufweist, was sich direkt auf den ausbleibenden Erfolg der selbsternannten Bürgerbewegung auswirkt und meine These bestätigt, dass PEGIDA als Gesamtphänomen zwar von Extremisten benutzt und öffentlich entsprechend dargestellt wurde, es sich im Grunde aber um eine innerhalb der pluralistischen demokratischen bundesdeutschen Gesellschaft legitime Auseinandersetzung einer regional eingrenzbaaren Anzahl von Individuen mit ihrer gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Lage und Position und damit mit ihrer kulturellen Identität handelt. Die *Kultur der Moderne* erfordert permanente Auseinandersetzungen um Strategien zum Umgang mit den Interessen der unterschiedlichen Identitätskonzepte aller Individuen in der Gesellschaft auszuhandeln. Aus den dargelegten Gründen herrscht in Teilen der Republik dahingehend ein Defizit, dessen Ausgleichsversuch sich im zeitweise großen Erfolg der Dresdner Bewegung zeigte. Es hat sich aber auch gezeigt, wie schnell sich diese Prozesse pluralistischer Meinungs- und Willensbildung in die Nähe extremistischer Ideologien bewegen können, wenn die pluralistische Gesellschaft ihre pluralistischen Ideale zeitweise außer Acht lässt. Insofern hat PEGIDA, unabhängig davon, ob der einzelne Teilnehmer sich seiner kulturellen Identität durch die Teilnahme nun sicherer werden konnte oder nicht, ein gesamtgesellschaftliches Problem illustriert, welches dringend einer gesonderten Betrachtung Bedarf.

5. Ausblick und persönliches Fazit

Die Auseinandersetzung mit einem Phänomen wie PEGIDA fördert ein Menge Erkenntnisse und Gedanken über die Genannten, aber auch über die Gesellschaft um sie herum und letztlich auch über sich selbst zu Tage. Eine der wesentlichen Erkenntnisse, welche mit Hilfe der empirischen Daten der PEGIDA-Forscher der TU Dresden offensichtlich wurden, bezieht sich nicht direkt auf den Verein und seine Anhänger, sondern auf die mediale Berichterstattung, welche zu einem gesamtgesellschaftlich beinahe zementierten Bild über diese Menschen geführt hat, welches selbst durch Vorurteile, Pauschalisierung und medialem Populismus zu Stande kommt. Nun muss man den Medien zu Gute halten, dass PEGIDAS öffentliche Kommunikation und Wahrnehmung bis heute von extremistischen Positionen, welche lautstark am Rednerpult, aber auch in den Demonstrationsgruppen, welche von Kamera und Aufnahmegerät festgehalten eine eindeutige Sprache sprechen. Die empirischen Befunde untermauern dieses Bild, denn rechtsextreme, nationalistische, rassistische, ethnozentrische und islamfeindliche Tendenzen sind freilich Bestandteil der gesamten PEGIDA-Bewegung. Sie sind aber auch Bestandteil der deutschen Gesamtgesellschaft, was in den seltensten Fällen dazu führt, dass die gesamte deutsche Bevölkerung dementsprechend kategorisiert wird. Dieses Verhalten ließ sich in der medialen Berichterstattung, aber selbst in Politik und Zivilgesellschaft beobachten, was an sich als Widerspruch erscheint, da man exakt dieses Verhalten den PEGIDA-Akteuren zur Last legt. Die Gefahr, welche daraus erwächst, wurde schnell sichtbar und ebenfalls durch die empirischen Befunde untermauert: das mediale und politische Abstempeln der Teilnehmer gab dieser Bewegung einen Aufwind, der so möglicherweise nie aufgekommen wäre, wenn sowohl politisch als auch zivilgesellschaftlich im Sinne pluralistischer Grundwerte mit allen nicht-extremistischen Teilnehmern PEGIDAS in einen konstruktiven Dialog übergegangen wäre. Dieses wurde, vor allem gegenüber den öffentlichen Mainstreammedien von Seiten der Teilnehmer nicht unbedingt leichtgemacht. Das wiederum rechtfertigt aber dennoch keine Diffamierungs-Kampagnen, welche keinem pluralistisch denkendem Demokraten gut zu Gesicht stehen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, aus subjektiven Gründen heraus die Bewegung in irgendeiner Weise verteidigen zu wollen. Vielmehr stellte ich fest, dass die vor allem medial kommunizierten Darstellungen und Bewertungen auch auf mich persönlich eine Wirkung hatten, welche mich zu pauschalen Vorurteilen und daraus resultierender Ablehnung führten, welche sich im Nachhinein und vor allem in Auseinandersetzung mit PEGIDA auf empirischer Ebene für mich nicht mehr

rechtfertigen lassen. Es ist unbestritten, dass sich bei PEGIDA die ohnehin präsenten extremen Gruppen vom Gesellschaftsrand in den Vordergrund zu drängen versuchen und der Ethnozentrismus der gesellschaftlichen Mitte sich unerwartet heftig und von emotional packenden Themen unserer Zeit gespeist auf den Demonstrationen entlud. Dennoch erlebte man immer wieder Menschen, welche öffentlich beteuerten, keine „Nazis“ oder Rassisten zu sein, sondern aus für sie legitimen Sorgen und Nöten heraus den Weg auf die Straße im Rahmen einer Großdemonstration genommen zu haben. Diese Stimmen wurden freilich registriert, aber von der Mehrheitsgesellschaft, Medien und Politik in keiner Weise also demokratisch legitime Diskursbedürfnisse anerkannt. Ich habe in dieser Auseinandersetzung versucht aufzuzeigen, dass die deutsche Gesellschaft durch PEGIDA auf Probleme und Fragen hinsichtlich unserer gesellschaftlichen Entwicklung, unserem kulturellen Selbstverständnis und der Rolle, die jeder Einzelne darin einnehmen kann, aufmerksam gemacht wurde, diese aber weniger wahr- und ernstgenommen hat, als es demokratisch und pluralistisch gedacht angemessen wäre. Die Ereignisse haben stattdessen aufgezeigt, dass Demokratie und Pluralismus schneller, als uns allen recht sein kann, vergessen sind, wenn ein politischer Gegner, den es im Diskurs durch eine argumentative Auseinandersetzung zu begegnen gilt, die öffentliche Bühne betritt, wohlmöglich noch zu einem politisch ungünstigen Zeitpunkt. Die Gefahren eines solchen Versäumnisses habe ich angedeutet, im Kontext rund um PEGIDA, der „neuen Rechten“, dem Erstarken national-konservativer und populistischer Gruppen in Europa und der fortschreitenden durch Globalisierung und Migration voran getriebenen Pluralisierung der deutschen Gesellschaft, wären Untersuchungen hinsichtlich dem fundamentalistischen Potenzial dieser Gruppe, aber auch bezogen auf ihre Motive, Ziele und kulturellen Vorstellungen nötig und angebracht. Auch eine vertiefende Auseinandersetzung mit PEGIDAS Hauptzielgruppe, den meist in der Mittelschicht angesiedelten Mitbürgern mit DDR-Sozialisation, welche in weiten Teilen der neuen Bundesländer eine demographische Mehrheit ausmachen, würde ich in Anlehnung an diese Arbeit begrüßen und empfehlen. Wie genau steht es um die Identität dieser Menschen im modernen Deutschland? Welche Übereinstimmungen und Unterschiede lassen sich zwischen deren gesellschaftlichen Vorstellungen und den in Deutschland herrschenden und sich entwickelnden Begebenheiten ausmachen? Welchen Einfluss hat der neoliberale Kapitalismus auf die soziokulturellen Werte und Prämissen der Menschen? Welche Zukunftsansichten und Wünsche haben diese Menschen und was müsste passieren, damit deren politische Partizipation wieder ansteigt,

ohne auf die innenpolitisch verlockenden Angebote totalitärer und normativ argumentierende Gruppen angewiesen zu sein, welche dem demokratischen Pluralismus entgegen zu wirken versuchen?

Diese und weitere Fragestellungen müssen behandelt und in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden. PEGIDA steht nur exemplarisch für eine kulturelle Verunsicherung, welche freilich und wie hier aufgezeigt etwas mit Identität zu tun hat, aber darüber hinaus auf Grund ihrer aktuellen und realpolitischen Brisanz enormen Einfluss auf die zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse nehmen wird.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

Abels, Heinz:

Identität : über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt / Heinz Abels. – 1. Aufl. – Wiesbaden : VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2006. – 497 S.

ISBN 3-531-15138-X

Coburn-Staeger, Ursula:

Interkulturelle Erziehung in Deutschland, Großbritannien und Italien / Ursula Coburn-Staeger ...

(Hrsg.). – Schwäbisch Gmünd : Pädagog. Hochschule, 1996. – 153 S. : Ill., graph. Darst., Kt.

(Gmünder Hochschulreihe ; 12)

ISBN 3-925555-13-7

Decker, Oliver ; Brähler, Elmar:

Vom Rand zur Mitte : rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland / Oliver Decker und Elmar Brähler. – Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, 2006. – 184 S. : graph. Darst.

ISBN 3-89892-566-8

Elias, Norbert:

Über den Prozess der Zivilisation : soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen / Norbert Elias. – Frankfurt am Main : Suhrkamp

Band 1. Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. – 20., neu durchges. und erw. Aufl. – 1997. – 504 S.

(Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft ; 158)

ISBN 3-518-27758-8

Ermittler im Pegida-Galgen-Fall erhält Morddrohungen [Elektronische Ressource]. – Stand: 16.10.2015. – Mitteldeutscher Rundfunk Sachsen, 2015. – Online-Ressource

Adresse: http://www.mdr.de/sachsen/staatsanwalt-im-galgen-pegida-vorfall-wird-bedroht100_zc-ecc53a13_zs-570f6b3d.html

Gesehen: 25.05.2016

Ghadban, Ralph:

Reaktionen auf muslimische Zuwanderung in Europa / Ralph Ghadban. // In: Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ. – ISSN 0479-611X. – Bd. 26 (2003), S. 26-32

Hejazi, Ghodsi:

Pluralismus und Zivilgesellschaft : interkulturelle Pädagogik in modernen Einwanderungsgesellschaften; Kanada - Frankreich - Deutschland / Ghodsi Hejazi. – Bielefeld : Transcript-Verl., 2009. – 371 S. : graph. Darst., Kt.

Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 2008 u.d.T.: Hejazi, Ghodsi: Interkulturelle Pädagogik in der modernen bürgerlichen Gesellschaft.

ISBN 978-3-8376-1198-4

Kimminich, Eva:

Kulturelle Identität : Konstruktionen und Krisen / Eva Kimminich (Hrsg.). – Frankfurt am Main [u.a.] : Lang, 2003. – XLII, 258 S.
(Welt - Körper - Sprache ; 3)
ISBN 3-631-50206-0

Lepenies, Wolf:

Folgen einer unerhörten Begebenheit : die Deutschen nach der Vereinigung / Wolf Lepenies. – Berlin : Siedler, 1992. – 88 S.
ISBN 3-88680-455-0

Marty, Martin E. ; Appleby, R. Scott:

Herausforderung Fundamentalismus : radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne / Martin E. Marty ; R. Scott Appleby. – Frankfurt [u.a.] : Campus-Verl., 1996. – 262 S.
ISBN 3-593-35470-5

Locke, Stefan:

Wie sich Pegida radikalisiert [Elektronische Ressource] / von Stefan Locke. – Stand: 30.09.2015. – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2015. – Online-Ressource
Adresse: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/dresden-wie-sich-pegida-radikalisiert-13830497.html>
Gesehen: 15.06.2016

Meyer, Thomas:

Identitätspolitik : vom Missbrauch kultureller Unterschiede / Thomas Meyer. – 1. Aufl., Orig.-Ausg. – Frankfurt am Main : Suhrkamp, 2002. – 250 S.
(Edition Suhrkamp ; 2272)
ISBN 3-518-12272-X

Migrationsgeschichte in Deutschland [Elektronische Ressource]. – Dokumentationszentrum und Museum über eine Migration in Deutschland e.V., 2016. – Online-Ressource
Adresse: <http://www.domid.org/de/migrationsgeschichte-deutschland>
Gesehen: 05.06.2016

Neumann, Franz:

Zum Begriff der politischen Freiheit / Franz Neuman. // In: Demokratischer und autoritärer Staat : Studien zur polit. Theorie / Franz Neumann. Hrsg. – Ungekürzte. Ausg. – Frankfurt am Main : Fischer-Taschenbuch-Verl., 1986. – (Fischer ; 7361 : Fischer-Wissenschaft). – ISBN 3-596-27361-7. – S. 100 - 141

Patzelt, Werner J. ; Eichardt, Christian:

Drei Monate nach dem Knall [Elektronische Ressource] : Was wurde aus PEGIDA? / Werner J. Patzelt, in Zusammenarb. mit Christian Eichardt. – Dresden: Technische Univ., 2015. – Online-Ressource (111 S., PDF)
Adresse: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf
Gesehen: 24.06.2016

Pegida [Elektronische Ressource]. – Stand: 12.07.2016. – Wikipedia, 2016. – Online-Ressource

Adresse: <https://de.wikipedia.org/wiki/Pegida>
Gesehen: 01.06.2016

Popp, Maximilian ; Wassermann, Andreas:

Rechte Spaßgesellschaft / von Popp, Maximilian, Wassermann, Andreas. // In: Der Spiegel. – ISSN 0038-7452. – H. 3 (10.01.2015), S. 34

Reckwitz, Andreas:

Die Transformation der Kulturtheorien : zur Entwicklung eines Theorieprogramms / Andreas Reckwitz. – 1. Aufl. – Weilerswist : Velbrück Wiss., 2000. – 704 S. : graph. Darst.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1999.

ISBN 3-934730-15-9

Schmidt, Manfred G.:

Demokratiethorien : eine Einführung / Manfred G. Schmidt. – 5. Aufl. – Wiesbaden : VS-Verl., 2010. – 574 S.

ISBN 978-3-531-17310-8

Schmidt, Manfred G.:

Deutschlands schwieriger Weg zur Demokratie [Elektronische Ressource] / Manfred G. Schmidt. – Stand: 31.05.2012. – Bundeszentrale für politische Bildung, 2012. – Online-Ressource

Adresse: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138699/deutschlands-weg-zur-demokratie?p=all>

Gesehen: 27.05.2016

Schwemmer, Oswald:

Die kulturelle Existenz des Menschen / Oswald Schwemmer. – Berlin : Akad.-Verl., 1997. – 202 S.

ISBN 3-05-003107-7

Vorländer, Hans ; Herold, Maik ; Schäller, Steven:

PEGIDA [Elektronische Ressource] : Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung / von Hans Vorländer, Maik Herold, Steven Schäller. – 1. Aufl. – Wiesbaden : Springer VS, 2016. – VI, 165 S. : Ill., graph. Darst. – Online-Ressource

(SpringerLink : Bücher)

ISBN 978-3-658-10982-0

Weidenfeld, Werner:

Geschichte und Identität / Werner Weidenfeld. // In: Deutschland-TrendBuch : Fakten und Orientierungen / Karl-Rudolf Korte ... (Hrsg.). – Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001. – (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung ; 375). – ISBN 3-89331-434-2. – S. 29 - 58

Weiß, Anja:

Was macht interkulturelle Konflikte aus? Kulturelle Differenzen, ethnische Identitäten und die Frage der Macht / Anja Weiß. // In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung. – Bielefeld: Univ. – H. 2 (2001), S.87-110

Winkler, Heinrich August:

Der lange Weg nach Westen / Heinrich August Winkler ; BpB, Bundeszentrale für Politische Bildung. – Bonn : BpB

Band 1. Deutsche Geschichte 1806 - 1933. – 2002. – 652 S.

(Bundeszentrale für Politische Bildung: Schriftenreihe ; Bd. 385)

ISBN 3-89331-463-6

7. Anhang

Anhang 1:

Positionspapier der PEGIDA [Elektronische Ressource]. – Online-Ressource

Adresse: <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf>

Gesehen am: 15.06.2016

Anhang 2:

Dresdner Thesen [Elektronische Ressource] : Gemeinsam für Deutschland!. – Leipzig: Legida e.V., 2016. – Online-Ressource

Adresse: https://legida.eu/images/legida/Dresdner_Thesen_15_02.pdf

Gesehen am: 15.06.2016

POSITIONSPAPIER der PEGIDA

1. PEGIDA ist FÜR die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten. Das ist Menschenpflicht!
2. PEGIDA ist FÜR die Aufnahme des Rechtes auf und die Pflicht zur Integration ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (bis jetzt ist da nur ein Recht auf Asyl verankert)!
3. PEGIDA ist FÜR dezentrale Unterbringung der Kriegsflüchtlinge und Verfolgten, anstatt in teilweise menschenunwürdigen Heimen!
4. PEGIDA ist FÜR einen gesamteuropäischen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge und eine gerechte Verteilung auf die Schultern aller EU-Mitgliedsstaaten! (Zentrale Erfassungsbehörde für Flüchtlinge, welche dann ähnlich dem innerdeutschen, Königsteiner Schlüssel die Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt)
5. PEGIDA ist FÜR eine Senkung des Betreuungsschlüssels für Asylsuchende (Anzahl Flüchtlinge je Sozialarbeiter/Betreuer – derzeit ca.200:1, faktisch keine Betreuung der teils traumatisierten Menschen)
6. PEGIDA ist FÜR ein Asylantragsverfahren in Anlehnung an das holländische bzw. Schweizer Modell und bis zur Einführung dessen, FÜR eine Aufstockung der Mittel für das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) um die Verfahrensdauer der Antragstellung und Bearbeitung massiv zu kürzen und eine schnellere Integration zu ermöglichen!
7. PEGIDA ist FÜR die Aufstockung der Mittel für die Polizei und GEGEN den Stellenabbau bei selbiger!
8. PEGIDA ist FÜR die Ausschöpfung und Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung!
9. PEGIDA ist FÜR eine Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten!
10. PEGIDA ist FÜR den Widerstand gegen eine frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie aber nicht gegen hier lebende, sich integrierende Muslime!
11. PEGIDA ist FÜR eine Zuwanderung nach dem Vorbild der Schweiz, Australiens, Kanadas oder Südafrikas!
12. PEGIDA ist FÜR sexuelle Selbstbestimmung!
13. PEGIDA ist FÜR die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur!
14. PEGIDA ist FÜR die Einführung von Bürgerentscheidungen nach dem Vorbild der Schweiz!
15. PEGIDA ist GEGEN Waffenlieferungen an verfassungsfeindliche, verbotene Organisationen wie z.B. PKK
16. PEGIDA ist GEGEN das Zulassen von Parallelgesellschaften/Parallelgerichte in unserer Mitte, wie Sharia-Gerichte, Sharia-Polizei, Friedensrichter usw.
17. PEGIDA ist GEGEN dieses wahnwitzige "Gender Mainstreaming", auch oft "Genderisierung" genannt, die nahezu schon zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache!
18. PEGIDA ist GEGEN Radikalismus egal ob religiös oder politisch motiviert!
19. PEGIDA ist GEGEN Hassprediger, egal welcher Religion zugehörig!

DRESDNER THESEN

Gemeinsam für Deutschland!

PEGIDA versteht sich als politische Bewegung, welche ideologiefrei die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit aufgreift und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen finden und umsetzen will.

Durch unsere Wirtschaftspolitik verarmen der Mittelstand und die Arbeiterklasse zunehmend. Löhne und Renten stehen in einem immer schlechteren Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Statt Mittel für dringend benötigte Projekte zur Verfügung zu stellen, werden horrenden Summen verschwendet.

Die steigende Kriminalität, soziale Brennpunkte sowie stetig wachsende Parallelgesellschaften beunruhigen die Menschen. Das Sicherheitsrisiko steigt ständig und die globalen Konflikte verschärfen sich aufgrund unverantwortlicher Innen- und Außenpolitik.

Eine friedliche Zusammenarbeit souveräner Nationen weltweit ist die Grundlage einer sicheren Zukunft für uns alle.

Deshalb sehen wir folgende Punkte als unerlässlich an:

1. Schutz, Erhalt und respektvoller Umgang mit unserer Kultur und Sprache. Stopp dem politischen oder religiösen Fanatismus, Radikalismus, der Islamisierung, der Genderisierung und der Frühsexualisierung. Erhalt der sexuellen Selbstbestimmung.
2. Schaffung und strikte Umsetzung eines Zuwanderungsgesetzes nach demographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten. Qualitative Zuwanderung (anstatt momentan gängiger quantitativer Masseneinwanderung) nach schweizerischem oder kanadischem Vorbild.
3. Dezentrale Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten, entsprechend der kommunalen Möglichkeiten und der Sozialprognose des Asylbewerbers. Verkürzung der Bearbeitungszeiten von Asylanträgen nach holländischem Vorbild und sofortige Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern. Aufnahme eines Rechtes auf und der Pflicht zur Integration ins Grundgesetz.
4. Reformation der Familienpolitik sowie des Bildungs-, Renten- und Steuersystems. Besonders die Förderung einer nachhaltigen Familienpolitik muss Priorität erhalten, um einen Stopp oder sogar die Umkehr des demographischen Wandels zu erreichen. Der Kinderwunsch darf nicht aufgrund von wirtschaftlichen Ängsten unterdrückt werden.
5. Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene nach Vorbild der Schweiz, um parallel zum Parteiensystem ein zweites Standbein der Demokratie zu installieren.
6. Konsequente Rechtsanwendung, ohne Rücksicht auf politische, ethnische, kulturelle oder religiöse Aspekte des Betroffenen.
7. Aufstockung der Mittel der Polizei und Beendigung des Stellenabbaus.
8. Sofortige Normalisierung des Verhältnisses zur russischen Föderation und Beendigung jeglicher Kriegstreiberei.
9. Anstreben eines friedlichen, europäischen Verbundes starker souveräner Nationalstaaten in freier politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung.
10. Ablehnung von TTIP, CETA und TISA und ähnlichen Freihandelsabkommen, welche die europäische Selbstbestimmung und die europäische Wirtschaft nachhaltig schädigen könnten.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Zuhilfenahme unzulässiger Hilfsmittel angefertigt zu haben. Wörtliche oder dem Sinne nach übernommene Ausführungen sind gekennzeichnet, sodass Missverständnisse über die geistige Urheberschaft ausgeschlossen sind. Diese Arbeit war bisher noch nicht Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung in gleicher oder ähnlicher Fassung.

Leipzig, 17.07.2016